

Einladung

zur 22. Sitzung des
Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler
Ausschuss) am
Donnerstag, 27. März 2014, 17.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und
Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
3. Genehmigung des Protokolls über die 21. Sitzung des Ausschusses für
Integration, Europa und Internationale Kooperation am 13. Februar 2014
4. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2597/2013 (Antrag der
SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu
Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten)
(Drucks. Nr. 0431/2014)
5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu
Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten
(Drucks. Nr. 2597/2013)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Resolution: Reduzierung der finanziellen
Belastungen der Kommunen aufgrund von Zuwanderung durch das Land
Niedersachsen
(Drucks. Nr. 0193/2014)
7. Aktuelle Handlungsfelder und Perspektiven der Städtepartnerschaften
Hannovers
(Informationsdrucks. Nr. 0076/2014 mit 1 Anlage)
8. Stadtentwicklung Hannover 2030
(Drucks. Nr. 0261/2014 mit 2 Anlagen) - bereits übersandt
9. Bericht des Dezernenten
10. Aktuelles

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

22. Sitzung des
Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler
Ausschuss) am Donnerstag, 27. März 2014,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 17.00 Uhr
Ende 18.16 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bürgermeister Strauch	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsfrau Arikoglu	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Barnert	(SPD)	
Ratsfrau Fischer	(SPD)	
Ratsherr Kelich	(SPD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Ratsfrau Klingenburg-Pülm	(Bündnis 90/Die Grünen)	17.00 - 18.05 Uhr in Vertr. für Ratsherrn Onay
Ratsfrau Markowis	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Matz	(CDU)	
(Ratsherr Onay)	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Pollok-Jabbi	(DIE LINKE.)	

Beratende Mitglieder:

Herr Ganijev	
(Frau Guaqueta-Korzonnek)	
Frau Heine	
(Herr Hussein)	
Frau Kage	
(Frau Karaboya)	
(Herr Lam)	entschuldigt
Frau Rajabi	
(Herrn Raynesh)	
(Frau Dr. Sekler)	entschuldigt
Frau Dr. Tekidou-Kühlke	

Grundmandat:

(Ratsherr Böning)	(DIE HANNOVERANER)	
Ratsherr Engelke	(FDP)	17.20 - 18.16 Uhr
(Ratsherr Hillbrecht)		

Verwaltung:

Stadträtin Drevermann	Dez. IV
-----------------------	---------

Frau Walter	OE 50.6
Frau Hager	OE 50.60
Frau Millan	OE 42.815
Frau Kalmus	OE 15.31

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
3. Genehmigung des Protokolls über die 21. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 13. Februar 2014
4. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2597/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten) (Drucks. Nr. 0431/2014)
5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten (Drucks. Nr. 2597/2013)
- 5.1. Zusatzantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2597/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten) (Drucks. Nr. 0723/2014)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Resolution: Reduzierung der finanziellen Belastungen der Kommunen aufgrund von Zuwanderung durch das Land Niedersachsen (Drucks. Nr. 0193/2014)
7. Aktuelle Handlungsfelder und Perspektiven der Städtepartnerschaften Hannovers (Informationsdrucks. Nr. 0076/2014 mit 1 Anlage)
8. Stadtentwicklung Hannover 2030 (Drucks. Nr. 0261/2014 mit 2 Anlagen)
- 8.1. Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu DS 0261/2014 (Stadtentwicklung Hannover 2030) (Drucks. Nr. 0688/2014)
9. Bericht des Dezernenten
10. Aktuelles

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Bürgermeister Strauch begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation. Er stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Im Anschluss fragt er nach Wünschen zur Tagesordnung.

Ratsherr Kelich schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 7 gemeinsam zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Tagesordnung mit der Änderung zu.

TOP 2.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 21. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 13. Februar 2014

Das Protokoll wird mit 10 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung genehmigt.

10 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 4.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2597/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten) (Drucks. Nr. 0431/2014)

Diskussion siehe TOP 5

Bürgermeister Strauch lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 3 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt **geändert und ergänzt**:

Antrag zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln zur Vorbereitung von Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften mit **einer türkischen Stadt sowie mit einer israelischen Stadt**, um die bereits vielfältig bestehenden Kontakte **und den Austausch mit der Türkei und mit Israel** in Form von Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften zu intensivieren und zu verfestigen.

(...)

2. **Zudem fordert der Rat der Landeshauptstadt Hannover die Verwaltung auf, den**

Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften insgesamt eine neue Ausrichtung zu geben. Dazu soll erarbeitet werden, ob und wie die bisherigen Städtepartnerschaften mit neuem Leben gefüllt werden können.

- 3. Hierbei sollen künftig auch wirtschaftliche Aspekte sowie eine internationale Weiterentwicklung der Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften außerhalb der Europäischen Union (insbesondere Ostasien oder USA) eine Rolle spielen. Im Zuge dessen könnten auch bestehende Städtefreundschaften, beispielsweise mit Changde, gefestigt und zur Städtepartnerschaft ausgebaut werden.**
- 4. Das Konzept ist den Ratsgremien bis Herbst 2014 als Beschlussdrucksache vorzulegen.**

3 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 5.

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten (Drucks. Nr. 2597/2013)

Zusammenfassende Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 4, 5 und 7.

Ratsherr Kelich ist dankbar für die ausführliche Informationsdrucksache der Verwaltung. Er erläutert den Antrag Nr. 2597/2013 der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Projekt der freundschaftlichen Städtepartnerschaft mit den Städten Konya und Diyarbakir solle nicht nur mit Reisen verbunden sein, sondern den zivilgesellschaftlichen Austausch fördern.

Ratsfrau Jeschke erläutert den Änderungsantrag Nr. 0431/2014 der CDU-Fraktion. Sie betont, das Bestehen von Städtepartnerschaften und -freundschaften würde in hohem Maße dazu beitragen, dass auch 100 Jahre nach dem ersten Weltkrieg größten Teils Frieden herrsche. Aus diesem Grund spricht sich die CDU-Fraktion für eine Vielfalt von Städten aus, sodass man sich nicht nur auf ein Land beschränken sollte, wie in dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dem Zusatzantrag der Fraktion Die Linke würde die CDU-Fraktion zustimmen.

Ratsfrau Markowis sagt, in Hannover gebe es eine sehr große türkische Community. Zu den ausgewählten Städten würden bereits viele Kontakte bestehen, sodass mit einer hohen Aktivität auf städtefreundschaftlicher Basis gerechnet werden könne. Sie weist auf Parallelen zu Hannover hin und merkt an, Konya sei die größte Universitätsstadt der Türkei und Diyarbakir sei sehr multikulturell und multireligiös. Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion entgegnet sie, Israel sei nicht unangebracht, aber man sollte die beiden türkischen Städte getrennt davon betrachten. Außerdem weist sie darauf hin, zu den Städten der Türkei würden zivilgesellschaftliche Kontakte im Vordergrund stehen, bei Israel die politische Ebene. Bezüglich des Zusatzantrags der Fraktion Die Linke spricht sie Bedenken aus eine Liste mit in Frage kommenden Städten zu fertigen, da diese sehr lang werden würde.

Ratsherr Klapproth weist auf einen Tippfehler in dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion hin.

Ratsfrau Pollok-Jabbi erläutert den Zusatzantrag der Fraktion Die Linke. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen solle ein ergebnisoffener Prozess gestartet werden. Die Verwaltung müsse nicht eine Liste mit Städten auf der ganzen Welt fertigen, aber die Ratsfraktionen könnten Rücksprache mit den Wählern und Wählerinnen halten und daraufhin Städte vorschlagen. Diese Städte könnte die Stadtverwaltung öffentlich zur Verfügung stellen. So würden die Bürger und Bürgerinnen am Entscheidungsprozess teilhaben und es gebe keine Entscheidung von oben herab.

Stadträtin Drevermann erklärt wie Städtepartnerschaften zustande kommen. Dabei haben

sich zwei Städte bereit gefunden und willentlich eine Freundschaft begründet. Aus Verwaltungserfahrung, so Stadträtin Drevermann, würde es sich nicht so darstellen, dass man sich mögliche Städte aussucht und unter diesen wählt.

Ratsfrau Dr. Matz fragt, wie es dazu gekommen ist, dass gerade die beiden Städte für eine Partnerschaft ausgewählt wurden. Außerdem fragt sie, ob nicht gerade die Betonung türkisch und kurdisch eine politische Aussage darstellt. Den Antrag der Fraktion Die Linke findet sie sehr passend, da die gesamte Stadtbevölkerung mit einbezogen wird.

Stadträtin Drevermann gibt zu bedenken, eine öffentliche Abstimmung könne für andere Städte und Kulturen sehr beleidigend sein. Sie stellt heraus, die IHK habe zu der Stadt Konya bereits lange Kontakt. Die Messe habe ebenso ein Interesse an der Stadt. In Bezug auf die Stadt Diyarbakir sei ein Freundeskreis bereits seit vielen Jahren sehr aktiv. Sie betont, bei einer solchen Diskussion und Entscheidung über mögliche Städtepartnerschaften und -freundschaften dürfe die Wirkung auf die Städte nicht missachtet werden. Höflichkeit und Achtsamkeit seien sehr wichtig.

Ratsherr Engelke geht auf die bisher bestehenden Partnerstädte der Landeshauptstadt Hannover ein. Des Weiteren erwähnt er die Anhörung, die vor knapp drei Jahren stattgefunden hat und inhaltlich über mögliche Städtepartnerschaften mit türkischen Städten handelte.

Dem CDU-Antrag steht er kritisch gegenüber. An die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerichtet fragt er, was mit der Städtepartnerschaft erreicht werden soll und stellt zur Frage, ob diese Ziele nicht auch mit einem Kooperationsvertrag erreicht werden könnten.

Ratsherr Kelich antwortet, es gehe um den zivilgesellschaftlichen Austausch. Wünschenswert sei, dass aus einer intensiven Zusammenarbeit eine Städtepartnerschaft erwächst. In Bezug auf den Antrag der Fraktion Die Linke merkt er an, dieser würde den zivilgesellschaftlichen Austausch in Frage stellen. Eine solche Liste sei dem Thema nicht angemessen.

Ratsfrau Markowis sagt, auch der Antrag Nr. 2597/2013 sei in gewissen Zügen politisch motiviert.

Ratsfrau Pollok-Jabbi sagt, es sei sinnvoll zuerst die Energie in die bereits bestehenden Partnerstädte zu investieren und die Kontakte wieder besser zu pflegen und auszubauen. Außerdem sagt sie, man dürfe die politische Situation in der Türkei nicht ignorieren. Weiter merkt sie an, aufgrund der vorläufigen Diskussionen über das Thema und über die Drucksache, hätte sie sich eine Überarbeitung der Drucksache gewünscht und weist auf die fehlende Erwähnung der kurdischen Bevölkerungsgruppe in der Türkei hin.

Ratsfrau Arikoglu fragt, welche Diskussion geführt wird. Sie betont, ein allgemeines Ziel sei das multikulturelle Auftreten der Stadt Hannover. Mit weiteren Städtefreundschaften könne der Blick bezogen auf Kulturen und Traditionen erweitert werden. Sie merkt an, auch den wirtschaftlichen Aspekt bei einer städtepartnerschaftlichen Verbindung zu beachten.

Ratsherr Kelich betont nochmals den Gedanken der zivilgesellschaftlichen Vernetzung. Er erläutert, es gehe nicht darum die Politik und die politische Ausrichtung überein zu bekommen.

Ratsherr Engelke sagt, man dürfe vor der derzeitigen Situation in der Türkei nicht die Augen verschließen. Gerichtet an die Verwaltung fragt er, ob der Bürgermeister von Bristol die CeBIT besucht hat, so wie es geplant war.

Frau Millan antwortet, der Besuch des Bürgermeisters von Bristol zur CeBIT sei von Bristol abgesagt worden. Für die Hannover Messe sei jedoch ein Besuch geplant. Weiter fügt sie hinzu, es sei geplant, die Städtepartnerschaften zu Bristol und Poznan mit einem Memorandum zu bekräftigen und die weitere Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Arbeitszeitprogramm abzustimmen.

Ratsherr Klapproth äußert den Wunsch, Anträge über Städtepartnerschaften zukünftig interfraktionell zu stellen.

Frau Heine merkt an, eine Städtepartnerschaft könne nicht von oben verordnet werden. Kontakte müssen im Vorfeld bereits bestehen. Sie sagt, die Bemühungen, insbesondere der

Stadt Diyarbakir, die Multikulturalität auszubauen, sollten unterstützt werden.

Ratsherr Kelich unterstützt die Aussage von Ratsherrn Klapproth.

Ratsherr Engelke bittet die Verwaltung das Protokoll von der benannten Anhörung der Ratspolitik zur Verfügung zu stellen.

Frau Walter entgegnet, es gebe eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Anhörung. Sie sagt zu, den Fraktionen des Ausschusses diese zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Strauch lässt über die Anträge abstimmen. (Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen Tagesordnungspunkten)

Der Antrag wird mit 7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln zur Vorbereitung von Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften mit Konya und Diyarbakir, um die bereits vielfältig bestehenden Kontakte in Form von Städtepartnerschaften bzw.

Städtefreundschaften zu intensivieren und zu verfestigen.

Dabei sollen Konzeptvorschläge, Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen zu einem Dialog mit der Stadtgesellschaft zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit den obigen Städten aufgezeigt werden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sollen im Hinblick auf die vielfältigen, bereits bestehenden Anknüpfungspunkte in der Stadtgesellschaft ermittelt werden.

Das Konzept ist den Ratsgremien bis Herbst 2014 als Beschlussdrucksache vorzulegen.

7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.1.

Zusatzantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2597/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten)

(Drucks. Nr. 0723/2014)

Diskussion siehe TOP 5

Bürgermeister Strauch lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 1 Stimme dafür, 7 Stimmen dagegen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag zu beschließen:

Ein Konzept zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Hannovers zur Vorbereitung weiterer Städtepartnerschaften, bzw. Städtefreundschaften zu entwickeln.

Dazu wird seitens der Verwaltung eine Liste mit dafür in Frage kommenden Städten erstellt, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. Sie haben einen die Städtepartnerschaft, bzw. Städtefreundschaft legitimierenden Bezug zur Landeshauptstadt Hannover und liegen nicht in Ländern, in denen bereits Städtepartnerschaften, bzw. Städtefreundschaften bestehen.
2. Die ausgewählten Städte werden den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Weise und mit angemessener Frist zur Abstimmung gestellt.

Für die Stadt, die diese Abstimmung gewinnt, erarbeitet die Stadtverwaltung anschließend Konzeptvorschläge, Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen für die neue Städtepartnerschaft, bzw. Städtefreundschaft. Dieses Konzept mit dem Vorschlag der von

den Bürgerinnen und Bürgern ausgewählten neuen Städtepartnerschaft, bzw. Städtefreundschaft ist den Ratsgremien bis Herbst 2014 als Beschlussdrucksache vorzulegen.

1 Stimme dafür, 7 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen

TOP 6.

Antrag der CDU-Fraktion zur Resolution: Reduzierung der finanziellen Belastungen der Kommunen aufgrund von Zuwanderung durch das Land Niedersachsen (Drucks. Nr. 0193/2014)

Ratsfrau Jeschke erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Ratsherr Kelich entgegnet, seit kurzem gebe es einen Bundestopf in Höhe von 200 Mio. Euro, um die Kommunen, die besonders durch die von Zuwanderung entstehenden Kosten betroffen sind, zu unterstützen. Die Landeshauptstadt Hannover sei unter diesen Kommunen benannt. Aus diesem Grund lehne die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Ratsherr Engelke sagt, die FDP-Fraktion werde dem Antrag im Rat ebenfalls nicht zustimmen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bürgermeister Strauch lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert den Oberbürgermeister o. V. i. A. auf, konstruktive Gespräche mit dem Land Niedersachsen zu führen, um eine finanzielle Entlastung der Stadt Hannover in Bezug auf die durch Zuwanderung entstehenden Kosten, herbeizuführen.

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

Aktuelle Handlungsfelder und Perspektiven der Städtepartnerschaften Hannovers (Informationsdrucksache Nr. 0076/2014 mit 1 Anlage)

Diskussion siehe TOP 5

Der Ausschuss hat die Drucksache zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.

Stadtentwicklung Hannover 2030 (Drucks. Nr. 0261/2014 mit 2 Anlagen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Eine Diskussion findet unter TOP 8.1 statt.

Bürgermeister Strauch lässt über die Beschlussdrucksache abstimmen.

Diese wird mit 7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen beschlossen.

Antrag,

1. die Verwaltung zu beauftragen, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept Hannover

2030 unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu erarbeiten,

2. eine Kommission des Rates „Stadtentwicklung Hannover 2030“ einzurichten.

7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.1.

Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu DS 0261/2014 (Stadtentwicklung Hannover 2030) (Drucks. Nr. 0688/2014)

Ratsfrau Jeschke erläutert den Zusatzantrag der CDU-Fraktion. Sie sagt, die Beschlussdrucksache Nr. 0261/2014 Stadtentwicklung Hannover 2013 sei sehr allgemein. Der Zusatzantrag beinhalte eine Schwerpunktsetzung in drei Punkten.

Ratsherr Engelke entgegnet, das Programm Stadtentwicklung 2030 sei hervorragend, insbesondere weil es einen offenen Prozess darstellt. Mit dem Antrag der CDU-Fraktion würde dieser offene Prozess eingeschränkt werden.

Ratsfrau Jeschke betont, der Antrag würde falsch verstanden werden. Die Schwerpunktsetzung bedeute nicht, dass sie andere Punkte der Drucksache ausschließen würden. Sie führt nochmals eine Begründung zum ersten Punkt des Zusatzantrages aus und weist auf den demographischen Wandel hin. Zu Punkt 3 fügt sie hinzu, BürgerInnenbeteiligung sei in der Beschlussdrucksache zu wenig erwähnt und die CDU-Fraktion möchte diese Beteiligung hervorheben.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bürgermeister Strauch lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 3 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt **geändert und ergänzt**:

Antrag,

1. die Verwaltung zu beauftragen, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept Hannover 2030 unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu erarbeiten, **wobei neben den unter Ziffer 3 der Begründung des Antrages beschriebenen Handlungsfeldern die Schwerpunkte auf die Bereiche demographische Veränderung und Bevölkerungswachstum, öffentlicher Personennahverkehr sowie Individualverkehr, regionale Zukunft und wirtschaftliche Entwicklung gelegt werden sollen;**
2. ~~eine Kommission des Rates "Stadtentwicklung Hannover 2030" einzurichten.~~ **ein Meinungsbildungsprozess soll unmittelbar in den sämtlich betroffenen Fachausschüssen und Stadtbezirksräten erfolgen. Die Geschäftsordnungskommission übernimmt die Funktion einer Lenkungsgruppe;**
3. **das Konzept setzt sich grundsätzlich damit auseinander, wie die Bürgerinnen und Bürger zukünftig frühzeitig und umfassend in Entscheidungsprozesse miteingebunden werden können. Erste Lösungsansätze können dann ggf. gleich bei der Erstellung des Konzeptes umgesetzt werden.**

3 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 9.

Bericht des Dezernenten

Frau Walter berichtet von drei Veranstaltungen, die im Zuge der Internationalen Wochen gegen Rassismus im März 2014 stattgefunden haben. Zum einen erwähnt sie den Fachtag "Frauen im Rechtsextremismus" am 17. März 2014, die Veranstaltung "Antiziganismus: Vorurteil und Diskriminierung" am 19. März 2014 und zum anderen die Abschlussveranstaltung "Antirassistisches, weltoffenes und demokratisches Hannover?!" am 25. März 2014.

Weiter weist sie auf die Postkarte der Stelle für Demokratiestärkung gegen Rechtsextremismus hin.

Zum Schluss erwähnt sie die Sitzung des Niedersächsischen Integrationsrates am 22. und 23. März und merkt an, ein Bericht würde voraussichtlich in der nächsten Sitzung durch die Delegierten des Ausschusses folgen.

Ratsherr Engelke möchte bezogen auf die Stelle für Demokratiestärkung gegen Rechtsextremismus wissen, wo die Verwaltung Schwächen der Demokratie sieht und wie diese gestärkt werden sollen.

Ratsfrau Markowis entgegnet daraufhin, die Stelle könne sich im Ausschuss vorstellen um dies deutlich zu machen.

Zu diesem Vorschlag gibt es keine Einwände.

TOP 10.

Aktuelles

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Bürgermeister Strauch schließt die Sitzung um 18:16 Uhr.

für die Richtigkeit:

Stadträtin Drevermann

Hager (Protokoll)

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 0431/2014)

Eingereicht am 21.02.2014 um 12:52 Uhr.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2597/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt **geändert und ergänzt**:

Antrag zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln zur Vorbereitung von Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften mit **einer türkischen Stadt sowie mit einer israelischen Stadt**, um die bereits vielfältig bestehenden Kontakte **und den Austausch mit der Türkei und mit Israel** in Form von Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften zu intensivieren und zu verfestigen.

(...)
2. **Zudem fordert der Rat der Landeshauptstadt Hannover die Verwaltung auf, den Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften insgesamt eine neue Ausrichtung zu geben. Dazu soll erarbeitet werden, ob und wie die bisherigen Städtepartnerschaften mit neuem Leben gefüllt werden können.**
3. **Hierbei sollen künftig auch wirtschaftliche Aspekte sowie eine internationale Weiterentwicklung der Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften außerhalb der Europäischen Union (insbesondere Ostasien oder USA) eine Rolle spielen. Im Zuge dessen könnten auch bestehende Städtefreundschaften, beispielsweise mit Changde, gefestigt und zur Städtepartnerschaft ausgebaut werden.**
4. Das Konzept ist den Ratsgremien ~~bis Herbst 2014~~ als Beschlussdrucksache vorzulegen.

Begründung:

Städtepartnerschaften dienen u.a. dazu, andere Kulturen und Völker kennenzulernen und damit einen Beitrag zum besseren Verständnis und Miteinander der Beteiligten zu leisten. Im Falle der Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Hannover scheint es dringend notwendig, neues Leben in die bisherigen Partnerschaften zu bringen. Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften leben von einem aktiven Austausch und vielfältigen gemeinsamen Veranstaltungen. Hierzu soll ein Konzept erarbeitet werden, das eine neue Ausrichtung sowie Maßnahmen zu einer stärkeren Belebung der vorhandenen Partnerschaften bzw. Freundschaften aufzeigt. Im Zuge dessen sollen auch wirtschaftliche Aspekte von Städtefreundschaften, wie beispielsweise mit einer Stadt in China, hinsichtlich eines möglichen Ausbaus zur Städtepartnerschaft beleuchtet werden.

Jens-Michael Emmelmann
Stellv. Vorsitzender

Hannover / 24.02.2014

SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 2597/2013)

Eingereicht am 05.12.2013 um 11:08 Uhr.

Ratsversammlung 19.12.2013

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln zur Vorbereitung von Städtepartnerschaften/Städtefreundschaften mit Konya und Diyarbakir, um die bereits vielfältig bestehenden Kontakte in Form von Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften zu intensivieren und zu verfestigen.

Dabei sollen Konzeptvorschläge, Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen zu einem Dialog mit der Stadtgesellschaft zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit den obigen Städten aufgezeigt werden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sollen im Hinblick auf die vielfältigen, bereits bestehenden Anknüpfungspunkte in der Stadtgesellschaft ermittelt werden.

Das Konzept ist den Ratsgremien bis Herbst 2014 als Beschlussdrucksache vorzulegen.

Begründung:

Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Völkerverständigung und des Toleranzgedankens. Zudem bieten sie die Möglichkeit des interkulturellen Kompetenzgewinns und können den Dialog zwischen den Religionen fördern. Darüber hinaus zeigt eine solche Verbindung den hier lebenden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund, dass sie in Hannover willkommen sind. Sie ist Ausdruck des Respektes gegenüber ihrer Herkunftskultur und ein Zeichen des Interesses für diese Kultur. Die Integrationsbereitschaft und der interkulturelle Dialog kann so weiter gefördert werden.

Nach einer Übersicht des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) pflegen mehr als 80 deutsche Kommunen Partnerschaften zu Städten und Gemeinden in der Türkei. Manche deutsche Stadt ist sogar mehr als eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt eingegangen. Hannover hat bislang keine offiziellen Partnerschaften, obwohl die 25.700 MitbürgerInnen mit türkischem Migrationshintergrund den größten Anteil an den insgesamt 136.200 HannoveranerInnen mit ausländischer oder doppelter Staatsangehörigkeit stellen.

Als langjähriges Mitglied des internationalen Städte-Netzwerkes „Mayors for Peace“ ist Hannover eine Stadt des Friedens. Ein tolerantes und respektvolles Miteinander in der Stadtgesellschaft ist zentrales Element auf dem Weg zu einer Städtepartnerschaft und -freundschaft. Sowohl Städtepartnerschaften, als auch Städtefreundschaften bieten in unterschiedlicher Weise das Potential, Hannover als internationale und weltoffene Stadt weiter zu prägen.

Mit dem Beschluss des Lokalen Integrationsplans wurde das Ziel formuliert, Verbindungen zwischen Hannover und vergleichbaren Großstädten in der Türkei aufzubauen. Mit den Städten Konya und Diyarbakir bestehen bereits jetzt vielfältige Kontakte, die es gilt, in Form von Städtepartnerschaften/Freundschaften weiter zu verfestigen und auszubauen. Mit einer Entscheidung für eine Städtepartnerschaft/-freundschaft mit Konya und Diyarbakir würde die LH Hannover deutlich machen, dass sie bereit ist, einen „Dialog der Kulturen auf Augenhöhe“ zu eröffnen. Nicht nur eine Vielzahl der hier lebenden türkischstämmigen MitbürgerInnen wünscht sich seit vielen Jahren die Gründung einer Städtepartnerschaft- mit einer türkischen Stadt. In Zeiten der wachsenden Europa-Skepsis unterstreicht eine Städtepartnerschaft/-freundschaft die Bedeutung interkommunaler Zusammenarbeit – insbesondere zu Städten, in denen der Islam die vorherrschende Religion ist.

Konya ist die Hauptstadt der flächenmäßig größten Provinz in der Türkei. Sie liegt im südwestlichen Teil der Türkei und ist ca. 200 km von Ankara entfernt. Konya ist die siebtgrößte Stadt in der Türkei, zudem eine der wichtigsten Industrie- und Forschungsstädte und zudem als Hauptstadt des türkischen Mittelstandes bekannt. Bildung hat in Konya eine sehr große Bedeutung, so dass Konya im ganzen Land als ein bedeutendes Bildungszentrum gilt. Die Industrie- und Universitätsstadt hat rund 1,07 Mio. EinwohnerInnen und mehr als 85.000 StudentInnen und neben der größten Universität der Türkei, die Selcuk-Universität, drei weitere Universitäten.

Die IHK Hannover unterhält seit 2012 eine Kooperation mit der Handelskammer Konya mit dem Ziel, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Regionen weiter zu intensivieren. Konkret ist zwischen den beiden Handelskammern geplant, ein Berufsbildungszentrum in Konya aufzubauen. Die Handelskammer Konya pflegt darüber hinaus seit längerem Kontakte mit der Deutsche Messe AG und beabsichtigt nach eigenem Bekunden, sich mit größeren Wirtschaftsdelegationen an hannoverschen Messen zu beteiligen. Auch das Niedersächsische Wirtschaftsministerium hat bereits Kontakte zur Großstadtregion Konya aufgebaut: Im Mai 2012 besuchte der damalige Minister Bode in Begleitung einer Unternehmerdelegation die Stadt.

Darüber hinaus gilt Konya als die "Fahrrad-Stadt" der Türkei. Im Rahmen der deutsch-türkischen Kulturtage sind die Kontakte weiter intensiviert worden. Die aus Konya stammenden „Tanzenden Derwische“, die Anfang November 2013 in Hannover auftraten, wurden 2005 als immaterielles Weltkulturerbe von der UNESCO anerkannt. Auch kulturhistorisch ist eine Verbindung mit Konya interessant: Neben der Ausgrabungsstätte Catalhöyük, eine der ältesten entdeckten Siedlungen gibt es weitere Museen, wie z.B. das ethnografische Museum, das Archäologische Museum und das Atatürk-Museum.

Diyarbakir ist die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz und gilt als wichtigste Stadt des Südostens der Türkei. Sie ist die zehntgrößte Stadt der Türkei. Diyarbakir ist bekannt als Tor zum Nahen Osten und industrieller Schwerpunkt in der Region. Zusätzlich zu ihrer langjährigen Bedeutung als Handelsknotenpunkt ist in den letzten Jahren ein großes Marmorgewerbe entstanden, das einen bedeutenden Faktor für den Export darstellt. Die zentral gelegene Dicle Universität mit 20.000 Studierenden und zwölf Fakultäten gewinnt zunehmend an Bedeutung in der Universitätenlandschaft der Türkei. Diyarbakir ist bekannt für eine Politik der Anerkennung der multikulturellen und -religiösen Gesellschaft. Entsprechende Projekte sind Pilotprojekte in der Türkei (u.a. die ‚Straße der Kulturen‘ die die Restauration von Kirchen, einer Synagoge und einer Moschee beinhaltet und bei der eine Kooperation mit der Marktkirche Hannover angestrebt wird).

Es besteht eine Kooperation mit der LHH, die die Errichtung eines ökologischen Stadtparks zum Ziel hat. In diesem Zusammenhang gab es bereits diverse Besuche und u.a. ein

Praktikum von Auszubildenden aus Hannover in Diyarbakir.
Zudem gab es im Jahr 2012 erste Sondierungen bezüglich einer Zusammenarbeit zwischen den Sozial- und Jugenddezernaten zum Thema Kindergärten.
Ebenfalls seit 2012 besteht zusätzlich ein Jugend-Umwelt-Austausch, organisiert von den Organisationen Janun e.V. und Genclik ve Degisim Dernegi, die eng kooperieren. 2013 fand ein gegenseitiger Besuch statt, der das Thema „Stadtökologie“ zum Thema hatte. Im Mittelpunkt der kommenden Begegnungen stehen die Themen Kinder- und Jugendbeteiligung und Umweltbildung, aus denen auch konkrete Projekte entstehen sollen.

Zudem gilt Diyarbakir als eine der malerischsten Städte der Türkei und besitzt eine der weltweit größten und, neben der chinesischen Mauer, besterhaltenen Befestigungsanlagen. Mit seinem über 5000-jährigen Bestehen ist Diyarbakir Zeugnis der wechselhaften Geschichte der heutigen Türkei. Durch Kriege und Umsiedlungen ist Diyarbakir heute eine Großstadt mit einer bunten Bevölkerung und auf gutem Weg ein friedliches Zusammenleben der Völker und Religionsgemeinschaften zu realisieren.

Bislang sind sowohl Diyarbakir wie auch Konya noch keine Partnerschaften mit deutschen Städten eingegangen, haben aufgrund bestehender Kontakte jedoch ein großes Interesse an einer Verbindung mit Hannover. Konya hat in der Sitzung des Ausschusses für Planungen, Organisation und Finanzen am 11.10.2013 politisch beschlossen, auf Hannover zuzugehen und die bestehenden vielfältigen und guten Kontakte durch eine Städtepartnerschaft zu verfestigen und auszubauen. Dies entspricht auch der Intention von der SPD-Ratsfraktion und von Bündnis 90/ den Grünen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende
Fraktionsvorsitzender

Lothar Schlieckau

Hannover / 05.12.2013

Fraktion Die Linke. (Antrag Nr. 0723/2014)
--

Eingereicht am 26.03.2014 um 15:25 Uhr.

**In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss**

Zusatzantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2597/2013 (Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten)

Antrag zu beschließen:

Ein Konzept zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Hannovers zur Vorbereitung weiterer Städtepartnerschaften, bzw. Städtefreundschaften zu entwickeln.

Dazu wird seitens der Verwaltung eine Liste mit dafür in Frage kommenden Städten erstellt, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. Sie haben einen die Städtepartnerschaft, bzw. Städtefreundschaft legitimierenden Bezug zur Landeshauptstadt Hannover und liegen nicht in Ländern, in denen bereits Städtepartnerschaften, bzw. Städtefreundschaften bestehen.
2. Die ausgewählten Städte werden den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Weise und mit angemessener Frist zur Abstimmung gestellt.

Für die Stadt, die diese Abstimmung gewinnt, erarbeitet die Stadtverwaltung anschließend Konzeptvorschläge, Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen für die neue Städtepartnerschaft, bzw. Städtefreundschaft. Dieses Konzept mit dem Vorschlag der von den Bürgerinnen und Bürgern ausgewählten neuen Städtepartnerschaft, bzw. Städtefreundschaft ist den Ratsgremien bis Herbst 2014 als Beschlussdrucksache vorzulegen.

Begründung:
erfolgt mündlich.

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 26.03.2014

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 0193/2014)

Eingereicht am 29.01.2014 um 12:45 Uhr.

In die Ratsversammlung

Antrag der CDU-Fraktion zur Resolution: Reduzierung der finanziellen Belastungen der Kommunen aufgrund von Zuwanderung durch das Land Niedersachsen

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert den Oberbürgermeister o. V. i. A. auf, konstruktive Gespräche mit dem Land Niedersachsen zu führen, um eine finanzielle Entlastung der Stadt Hannover in Bezug auf die durch Zuwanderung entstehenden Kosten, herbeizuführen.

Begründung

Deutschland ist ein beliebtes Land für Zuwanderer aus den EU-Mitgliedsstaaten. Diese verteilen sich zumeist auf die großen Städte. In Niedersachsen ist vor allem Hannover davon betroffen.

Die Stadt Hannover muss, wie viele andere deutsche Städte, bedingt durch die Zuwanderung eine Vielzahl von Mehraufgaben und Mehrausgaben leisten.

Der Bund hat durch die Einsetzung des Staatssekretärs-Ausschusses zur Zuwanderung bereits erste Signale gegeben, dass das Problem erkannt wird. Der Ausschuss hat erkannt, dass es in einigen Kommunen Probleme mit Zuwanderern gibt, die sich längerfristig in Deutschland aufhalten, aber nicht arbeiten oder eine Ausbildung machen. Weiter soll geklärt werden, welchen Anspruch auf welche Sozialleistungen Zuwanderer in Deutschland haben und welche möglichen Unterstützungen die Kommunen für die Integration ärmerer Zuwanderer erhalten können, weil sie dies allein nicht leisten können.

In einigen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, gibt es Soforthilfen für die Kommunen, welche zur besseren Integration der Zuwanderer abgerufen werden können. Lediglich das Land Niedersachsen lässt bislang keinerlei Aktivitäten erkennen, wie man gedenkt, den Kommunen, insbesondere der Stadt Hannover, bei der Integration der Zuwanderer bzw. dabei auftretenden Problemen zu helfen.

Jens Seidel
Vorsitzender

Hannover / 29.01.2014

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Kulturausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 0076/2014

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Aktuelle Handlungsfelder und Perspektiven der Städtepartnerschaften Hannovers

"Die Städte sind wichtige Brückenköpfe einer zunehmend international und global werdenden Zivilgesellschaft."

Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, 2007 in Berlin

1. Einleitung

Die Landeshauptstadt Hannover ist eine internationale Großstadt, in der Menschen aus 178 Nationen (Stand: 30.06.2013) leben. Hannover ist Messestadt und beweist jedes Jahr ihre weltweite Vernetzung. Als Expo 2000- Stadt hat Hannover bewiesen, dass Stadt und Stadtgesellschaft gute Gastgeber sind, wenn die Welt zu Besuch kommt.

Wir heißen Menschen willkommen, die zuwandern. Und wir nehmen ZuwandererInnen, aber auch Flüchtlinge verantwortlich auf und kümmern uns um ihre Integration, um Teilhabe und Beteiligung. Ferner lädt die Landeshauptstadt Hannover die Stadtgesellschaft ein, sich an der Internationalisierung zu beteiligen, wenn es auch um ihre Weiterentwicklung in den kommenden Jahren geht. Mit den Städtepartnerschaften ist ein wesentlicher Beitrag geleistet worden, Verständnis füreinander und die Begegnung miteinander nach den beiden Weltkriegen zu ermöglichen sowie eine Basis für das Miteinander in Gegenwart und Zukunft zu schaffen.

Städtepartnerschaften tragen als „kommunale Außenpolitik“ zu den wichtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen ihrer Zeit bei. Sie sind ein Bereich der internationalen Beziehungen, in dem nicht die Nationalstaaten und ihre internationalen Institutionen politisch handeln, sondern die nichtstaatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft auf regionaler und kommunaler Ebene. Dabei kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu, denn sie sind beides – lokaler politischer Verantwortungsträger und Zivilgesellschaft. Die Zusammenarbeit in internationalen Netzwerken und multinationalen Projekten sind durch Kommunen auf einer sehr direkten Ebene der Begegnung möglich.

Nach den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs lagen die Hauptaufgaben der Städtepartnerschaft mit den Partnerstädten in Großbritannien, Frankreich und Polen in Friedenssicherung und Völkerverständigung „von unten“. In diesem Sinn hat Hannover als eine der ersten deutschen Städte im Jahr 1947 einen Partnerschaftsvertrag mit der Stadt Bristol geschlossen. Partnerschaften mit Perpignan (1960) und Rouen (1966) in Frankreich folgten in den sechziger Jahren. Seit den 70er Jahren wuchs der Gedanke, den Eisernen Vorhang durch Annäherung und freundschaftliche Kontakte zu überwinden. Infolge der Entspannungspolitik entstanden zahlreiche Städtepartnerschaften zwischen Städten vor und hinter dem „Eisernen Vorhang“, so auch Hannover mit Poznań (1979) und Leipzig (1987).

In dem Themenzusammenhang Friedenspolitik und atomare Abrüstung ist im Jahr 1983 die Partnerschaft mit Hiroshima entstanden. Der Sonderrolle Hiroshimas gemäß stehen auch heute Themen wie Frieden, Gedenk- und Erinnerungskultur, Jugend und Kulturaustausch im Mittelpunkt der städtepartnerschaftlichen Arbeit. Hannover und Hiroshima verbindet dabei u.a. die Zusammenarbeit im Netzwerk „Mayors for Peace“.

Die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Nord-Süd Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses auf kommunaler Ebene ist das Ziel der Partnerschaft mit Blantyre (entstanden 1967). Die "Hannover hilft. Malawi-Stiftung für AIDS-Waisen" unterstützt seit ihrer Gründung 2002 das Ausbildungs- und Gesundheitszentrum in Blantyre/Chilobwe in Kooperation mit der Blantyre City Assembly aus Spendengeldern für benachteiligte Kinder und Jugendliche, um ihnen den Zugang zum Bildungswesen und zur gesundheitlichen Versorgung zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit zwischen Hannover und Blantyre wurde durch das EU Projekt „Aware & Fair“ (2011-2013, Projektumfang 881 T EUR) verstärkt. Ein weiterer Schwerpunkt in der zukünftigen Arbeit zwischen Hannover und Blantyre soll im Rahmen des Unesco City of Music Vorhabens entwickelt werden.

2. Neue Handlungsfelder und Perspektiven

Global denken - vernetzt handeln

Begegnungen zwischen Kulturen sind eine Bereicherung. Städtepartnerschaften und internationale Projekte vermitteln persönliche Kontakte und interkulturelle Kompetenz. Der gegenseitige Austausch, die gemeinsame Erfahrung, das Vertrauen und die Netzwerke stärken Menschen in den Kommunen im Umgang mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Mit der wachsenden kommunal wahrgenommenen Bedeutung der Nachhaltigkeit erleben die Städtepartnerschaften einen neuen Schwung: Global zu lösende Herausforderungen und ihre Strategien für das Leben in Kommunen und Anstöße zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit rücken zunehmend in den Mittelpunkt. So liegt das besondere Potential der Städtepartnerschaften heute darin, auf der kommunalen Ebene an weltweit wichtigen Themen wie Bildung, kulturelle Vielfalt, nachhaltige Entwicklung, demokratische Teilhabe, neue Märkte und Friedensförderung zusammen zu arbeiten. Kunst und Kultur spiegeln dabei die Gegenwart und können gesellschaftliche Diskussionen und Entwicklungen vorantreiben. Sie haben deshalb einen zentralen Stellenwert in der internationalen partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

In diesem Sinn wurden in den vergangenen Jahren Projekte in den Handlungsfeldern umgesetzt, die in der Drucksache 0331/2009 als Handlungsfelder eines zukünftigen Aufgabenprofils der städtepartnerschaftlichen Arbeit entwickelt worden sind: 1) Jugend/ Schule, 2) Stadtpolitische Themen, 3) Internationale berufliche Qualifizierung und 4) Kommunaler und politischer Erfahrungsaustausch. Einzelne Projekte werden nachfolgend

bei der Beschreibung der städtepartnerschaftlichen Arbeit vorgestellt.

Das Kulturbüro nimmt die Aufgabe der Städtepartnerschaft als Querschnittsaufgabe wahr und versteht sich als Netzwerkstelle zwischen Stadtverwaltung, Politik, Stadtgesellschaft und Partnerinstitutionen. Es werden Handlungsrahmen mit den Partnerstädten verabredet, die nachhaltig ermöglichen, internationale Projekte zu entwickeln. Zunehmend wird dabei das Instrument der Foren umgesetzt, um ein Höchstmaß an Beteiligung zu ermöglichen.

Ziele

- Förderung von persönlichen Begegnungen zwischen den Kulturen, des interkulturellen Lernens und der Reflektion kultureller Identitäten
- Förderung von Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe, nachhaltiger Entwicklung, kultureller Vielfalt und Friedensförderung
- gesellschaftsrelevante und zukunftsgerichtete Zusammenarbeit im kommunalpolitischen Bereich
- Schaffung internationaler Netzwerke innerhalb der Städtepartnerschaften und darüber hinaus
- Förderung und Vernetzung von Kulturschaffenden und Kulturvermittlern

Praxis

- gemeinsame Projektarbeit mit internationalen und lokalen Partnern
- Organisation von internationalen Veranstaltungen und Begegnungen insbesondere in den Bereichen Kunst und Kultur, Jugendaustausch, berufliche Qualifizierung, nachhaltige Stadtentwicklung und kommunaler und politischer Erfahrungsaustausch
- Vermittlung von Kontakten in den Partnerstädten und Beratung zu Austauschmöglichkeiten
- finanzielle Unterstützung für Vorhaben Dritter

Perspektiven

- Vernetzung der Partnerstädte durch thematische Zusammenarbeit

Der Durchführung von Projekten mit mehreren Partnerstädten kommt in Zukunft eine immer größere Rolle zu. Neben dem bereits genannten EU Projekt „Aware & Fair“ wurde als ein weiteres beispielhaftes Projekt des Jahres 2013 die Veranstaltung „KlimaKunstStädte - Kultur und Nachhaltigkeit für die Stadt Hannover und ihre Partnerstädte“ durchgeführt.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels untersuchte das Symposium "KlimaKunstStädte" am 21. September 2013 mit über 120 TeilnehmerInnen aus Hannover und namenhaften Gästen aus Bristol, Poznań, Blantyre und Rouen in wieweit künstlerische Ansätze dazu beitragen können, eine Veränderung der gegenwärtigen Lebensstile herbeizuführen, welche Rahmenbedingungen kulturelle Projekte benötigen und wie eine ästhetische Herangehensweise an das Thema Nachhaltigkeit überhaupt aussehen kann. Das Symposium wurde im Rahmen des Masterplans "100% für den Klimaschutz" der Stadt und der Region Hannover veranstaltet und von zahlreichen Kooperationspartnern

unterstützt. Zu Vorträgen waren z.B. Adrienne Goehler, ehemalige Präsidentin der Hochschule für bildende Künste in Hamburg, sowie Janek Müller, Kurator des Festivals „Über Lebenskunst“ am Haus der Kulturen der Welt, eingeladen. Aus ihren Erfahrungen wird derzeit ein internationales Praxisprojekt für Hannover und seine Partnerstädte entwickelt, in dem mittels eines „Artist in Residence-Programms“ und weiteren Veranstaltungen Klimaschutzprojekte in den beteiligten Städten künstlerisch erforscht werden.

■ Verbindlichkeit erhöhen durch Verabredung mehrjähriger Arbeitszeitprogramme

Die neue Qualität der Zusammenarbeit mit Partnerstädten wird zunehmend mit mehrjährigen Arbeitsprogrammen untermauert, die zwischen den Städten verabredet werden. Damit wird nach der Gründungsphase der Städtepartnerschaften erneut der Wille der Zusammenarbeit politisch bestätigt und ein längerfristiger Rahmen für die handelnden Partner abgesichert.

■ Internationalität erweitern

Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Städtepartnerschaften/-freundschaften mit türkischen Städten ermöglicht nun auch Partnerschaften in der Türkei zu verankern, einem Staat, aus dem viele Menschen in die Landeshauptstadt Hannover zugewandert sind. Die Prüfung und konzeptionellen Ansätze wird dabei vor dem Hintergrund erfolgen bzw. entwickelt:

- die größte Zuwanderungsgruppe Hannovers an Städtepartnerschaften zu beteiligen,
- die wieder aufgenommenen Beitrittsverhandlungen der EU zu nutzen, um die Erwartungen der EU an den Ausbau zivilgesellschaftlicher Initiativen zu unterstützen,
- die politische Brückenfunktion der Türkei in der Region und die wirtschaftliche Brückenfunktion der Türkei in den Nahen und Mittleren Osten auch durch Städtepartnerschaften in Blick zu nehmen.

3. Zu den Partnerstädten im Einzelnen: Stand der Zusammenarbeit

Bristol - Hannovers Partnerstadt in Großbritannien seit 1947

Die Handels- und Hafenstadt Bristol liegt im Südwesten Englands an der Mündung des Flusses Avon. Mit ihren ca. 340.000 Einwohnern ist sie die sechstgrößte Stadt Englands. Auch heute noch prägen die historischen Hafenanlagen das Bild Bristols. Dieses Erbe wird von der Stadt in innovativen Projekten aufgegriffen und neu interpretiert. Beispiele sind das lebendige Museum M-Shed an den Docks des Hafens, Bristol's Big Green Week oder das größte Street-Art-Festival Europas „Up-Fest“. Bristol gewann den European Green Capital Award 2015. Die Auszeichnung wird jedes Jahr an eine Stadt verliehen, um ihre Erfolge im Umweltschutz zu würdigen und somit andere Städte zu inspirieren, an nachhaltigen Konzepten für ihre Stadt zu arbeiten.

Als eine der ersten englisch-deutschen Städtepartnerschaften nach dem zweiten Weltkrieg hat die Partnerschaft zwischen Bristol und Hannover eine besondere Bedeutung für die

Aussöhnung zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern. Heute besteht reger Austausch durch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Projekte (Bereich nachhaltige Technologien), Bürgerreisen des Bristol Hannover Council und der Hannover-Bristol-Gesellschaft oder Zusammenarbeit mit der Hannover Messe.

Für das Jahr 2014 ist der Besuch des erstmals direkt gewählten Bristoler Bürgermeisters George Ferguson zur Cebit und Hannover Messe geplant. Aus Anlass des Besuchs soll ein Kooperationsprogramm für die Zusammenarbeit in den Jahren 2014-2016 erarbeitet werden.

Perpignan - Hannovers Partnerstadt im Süden Frankreichs

Perpignan ist die Hauptstadt des Departements Pyrénées-Orientales im Roussillon mit etwa 120.000 EinwohnerInnen. Im Süden grenzt das Roussillon auf einer Länge von 100 km an Spanien, im Norden umgeben Ostpyrenäen und Corbières Perpignan. Touristisch gesehen ist Perpignan eine der beliebtesten Städte Frankreichs, was der Altstadt sowie dem Kneipenviertel südöstlich der Altstadt zu verdanken ist. Wirtschaftliche Schwerpunkte sind Landwirtschaft, Weinanbau, Obst und Gemüse verarbeitende Industrie, Schuhfabrikation, Papiererzeugung und Kunsthandwerk.

Seit 1960 haben zahlreiche Menschen die Beziehung zu Perpignan mit Leben und neuen Inhalten gefüllt. Neben dem Sportaustausch sind Bürgerreisen, Kooperation mit der Volkshochschule und der Deutsch-Französischen Gesellschaft sowie der Kulturaustausch ein wichtiges Fundament der Zusammenarbeit. Insbesondere Musik, Kunst und Fotografie bieten Schnittstellen der Partnerschaft. So finden beispielsweise regelmäßige Kooperationen zwischen dem Lumix-Fotofestival für jungen Fotojournalismus aus Hannover und dem Internationalen Festival für Fotojournalismus „Visa pour l’image“ in Perpignan statt. Der letzte offizielle Besuch fand anlässlich des 50-jährigen Jubiläums mit Perpignan im Jahr 2010 statt, wobei der damalige Oberbürgermeister Weil das Fotofestival „Visa pour l’image“ besuchte.

Der Abschluss eines Memorandums für die Jahre 2014-2015 ist in Vorbereitung.

Rouen - Hannovers Partnerstadt im Nordwesten Frankreichs

Die Stadt Rouen ist eine alte Handelsstadt an der Seine und heute bedeutende Universitätsstadt mit etwa 100.000, einschließlich der Vororte ca. 400.000 EinwohnerInnen.

Schwerpunkte der seit 1966 bestehenden Partnerschaft sind der Schul-, Jugend-, Senioren- und Sportaustausch, gemeinsame Kunstaktionen, Musik- und Medienprojekte sowie die Themen Stadtplanung und nachhaltige Entwicklung. Das 50-jährige Jubiläum des Élysée-Vertrags im Jahr 2013 war für beide Städte Anlass, die Kontakte mit einem umfangreichen Kooperationsprogramm und gegenseitigen Besuchen von Verwaltungs- und Ratsdelegationen (zuletzt im Dezember 2013) zu verstärken. Es bestehen intensive Kooperationen zwischen dem Conservatoire de Rouen, den Nordstadtkonzerten e.V. und der Staatsoper Hannover sowie mit der Ecole des Beaux Arts. Jährlich begegnen sich auf dem Bandcamp während des Fährmannfestes und auf dem Festival „Le Terrasse de Jeudi“ junge Bands aus Rouen und Hannover.

Die Reise der Ratsdelegation im Dezember 2013 wird ausgewertet, um nach der

Kommunalwahl in Rouen weitere Planungen für 2014 ff. zu verabreden.

Poznań - Hannovers Partnerstadt in Polen

Poznań ist mit 551.627 EinwohnerInnen (Stand 2010) die fünftgrößte Stadt Polens und heute ein wichtiges Zentrum für Bildung, Kultur, Handel und Industrie. Die Universitätsstadt ist ein Kandidat für die Kulturhauptstadt Europas 2016.

Die politischen Ereignisse haben die Partnerschaft seit 1979 stark geprägt.

In der Aufbruchsstimmung Anfang der 1990er entstanden neue Kontakte, insbesondere zwischen Chören und im Bereich des Jugendkulturaustauschs. In den letzten Jahren fanden Kooperationen im Bereich Kunst (Biennale Poznań), Musik (Bandcamp auf dem Fährmannsfest und Nordstadtkonzerte) und Theater (Internationales Jugendtheaterfestival *fair Culture*), zum fairen Handel (EU-Projekt „aware & fair“) und zum kommunalen Erfahrungsaustausch (Delegation aus Poznań zum Thema Verkehrskonzepte bei Großveranstaltungen) statt.

Anlässlich des 35-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft im Jahr 2014 soll ein Kooperationsprogramm 2014 - 2016 unterzeichnet werden.

Leipzig - Hannovers Partnerstadt in Sachsen

Mit über 520.000 EinwohnerInnen ist Leipzig die größte Stadt Sachsens. Leipzig als Stadt der Friedlichen Revolution von 1989 ist ein kulturelles Zentrum der Region, geprägt von einer jahrhundertelangen Musikgeschichte und einem vielfältigen Literatur-, Kunst- und Kreativkosmos.

Im November 1987 wurde die Städtepartnerschaft geschlossen, die nach dem Fall der Mauer zur Basis lebhafter BürgerInnen- und Bürgerkontakte wurde. Im Bereich Kunst, Kultur und im Zusammenhang der Bürgerbegegnungen entwickelten sich dauerhaft enge Beziehungen. Wie die Oberbürgermeister von Hannover ist auch der Oberbürgermeister von Leipzig Mitglied der Initiative „Mayors for Peace“, die sich weltweit für die Abrüstung atomarer Waffen einsetzt. Zum 25-jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft im Jahr 2013 fanden zwei Chorbegegnungen statt: Der Leipziger Synagoralchor besuchte das Europäischen Zentrum Jüdische Musik in Hannover und der Knabenchor Hannover besuchte den Thomanerchor Leipzig.

Anlässlich der 1.000-Jahrfeier von Leipzig im Jahr 2015 ist ein Besuch von Leipzig geplant.

Hiroshima - Hannovers Partnerstadt in Japan

Hiroshima - Stadt des internationalen Friedens und der Kultur - wurde 1589 gegründet. Am 6. August 1945 um 8.15 Uhr wurde Hiroshima durch die erste Atombombe völlig zerstört. Nach dem Wiederaufbau hat Hiroshima heute über 1,1 Mio. EinwohnerInnen.

1983 haben die Städte Hiroshima und Hannover ihre freundschaftlichen Verbindungen mit einem Städtepartnerschaftsabkommen besiegelt. Seitdem wurden die Beziehungen durch

Kulturaustausch, Jugendaustausch, Friedensarbeit und viele Besuche beständig weiter gefördert.

Bereits vor dem offiziellen Abschluss der Städtepartnerschaft, seit 1968, hatte ein intensiver Jugendaustausch stattgefunden.

In Hannover sind drei Vereine in Hannover besondere Bindeglieder der Städtepartnerschaft: Der Deutsch-Japanische Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima-Yukokai e.V., der aus den Jugendbegegnungen hervorgegangen ist, das Hiroshima-Bündnis, das sich der Friedensarbeit widmet und die Deutsch-Japanische Gesellschaft Chado-kai e.V. Diese wurde vor 25 Jahren gegründet, um die japanische Kultur zu verbreiten und das Teehaus im Stadtpark zu betreuen.

Weitere sichtbare Zeichen der Partnerschaft sind die Friedensglocke in der Ruine der Hannoverschen Aegidienkirche, die jedes Jahr am 6. August zum Gedenken an den Atombombenabwurf in einer Feierstunde um 8.15 Uhr angeschlagen wird und der Hiroshimahain auf der Bult, in dem 110 Kirschbäume gepflanzt wurden, die an die 110.000 Toten erinnern. Die Städtepartnerschaft ist lebendig durch jährlich gefeierte Feste: das Kirschblütenfest im Hiroshima-Hain an der Bult im April und die Sommerfeste der Deutsch-Japanischen Gesellschaft und des Deutsch-Japanischen Freundschaftskreises Hannover (im jährlichen Wechsel) im Stadtpark. Im Jahr 2013 wurde das 30-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft durch einen Festakt in Hannover mit einer offiziellen Delegation aus Hiroshima unter Leitung von Bürgermeister Matsui sowie dem Besuch einer Delegation aus Hannover zur Konferenz der „Mayor for Peace“ gefeiert. Der Besuch der offiziellen Delegation aus Hiroshima war eingebunden in die 49. Jahrestagung der Deutsch-Japanischen Gesellschaften, die zum ersten Mal in Hannover tagte.

Im April 2014 wird eine 20-köpfige Gruppe mit VertreterInnen aus den Bereichen Jugend, Kultur und Wirtschaft Hannover besuchen. Im Jahr 2015 jährt sich der Abwurf der Atombombe zum 70. Mal und wird Anlass für die Reise einer Delegation aus Hannover nach Hiroshima sein.

Blantyre - Hannovers Partnerstadt in Malawi

Blantyre (gegründet 1876) wurde 1876 gegründet und 1895 zur Stadtgemeinde erklärt. Damit ist es die älteste Stadt in Südost- und Zentralafrika. Es verfügt demnach über eine lange Geschichte und ein reiches kulturelles Erbe. Blantyre liegt im Süden Malawis in den Bergen des Shire-Hochlandes auf etwa 1.600 m Höhe und ist mit rund 700.000 EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt des Landes. Gemeinsam mit der benachbarten Stadt Limbe hat Blantyre ein gemeinsames Stadtparlament. Zusammen beträgt die Fläche beider Ortschaften 215 km². Die Städte gelten als das kommerzielle Zentrum Malawis und beherbergen zahlreiche nationale und internationale Unternehmen sowie drei der fünf Colleges der University of Malawi.

Die Freundschaft zwischen Hannover und Blantyre begann, als eine Delegation junger Malawier auf einer Informationsreise durch Deutschland auch Hannover besuchte. Auf Anregung der Ratsherrin und Gründerin des „Freundeskreises Zentral- und Ostafrika e.V.“ (heute Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre e.V.), Dr. Lore Henkel, nahmen die Besucher die Einladung mit nach Hause, dass im Oststadtkrankenhaus Hannover zehn junge Frauen zu Krankenschwestern ausgebildet werden können. Dank des Engagements des Ehepaars Henkel beschloss der Rat der Stadt Hannover am 13.12.1967 einstimmig den Abschluss der Städtepartnerschaft mit Blantyre. Bis heute ist diese Städtepartnerschaft Anlass für persönlichen Austausch und zahlreiche

Projekte kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Neben dem Freundeskreis ist in Hannover auch die Malawi-Stiftung für AIDS-Waisen aktiv. In dem EU-Projekt „aware&fair“ arbeiteten das Agenda 21-Büro und das Kulturbüro der Landeshauptstadt Hannover von 2011 bis 2013 gemeinsam mit den Städten Blantyre und Poznań für die Verbreitung des fairen Handels und der Millenniumentwicklungsziele. Dabei wurde auch der kulturelle Austausch im Bereich von Theater und Musik, z.B. in der Zusammenarbeit mit dem Blantyre Art Festival, gefördert.

Im Jahr 2014 entstehen drei Theaterkooperationen zwischen Hannover und Blantyre (IGS List, Fräulein Wunder AG/ freie Szene Hannover, Faust Kulturzentrum). Die so gewachsenen Kontakte sollen genutzt und weiterentwickelt werden: Blantyre kommt eine Sonderrolle im geplanten Folgeprojekt "KlimaKunstStädte" zu. Ebenso ist die Kooperation mit Blantyre in einem evtl. zukünftigen UNESCO City of Music-Projekt denkbar. Darüber hinaus kann die Stadt Hannover Blantyre durch Materialspenden oder durch kommunalen Erfahrungsaustausch z.B. im Bereich Abfallentsorgung unterstützen.

4. Abschluss neuer Städtepartnerschaften/ -freundschaften gemäß Ratsantrag

Der Rat wird über eine Städtepartnerschaft/ -freundschaft mit zwei türkischen Städten vorentscheiden. Es sind dies:

a) Diyarbakir

Diyarbakir ist mit fast einer Million EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt Südostanatoliens und die zehntgrößte der Türkei mit einer kulturell reichen 5000 jährigen Geschichte. Die Bevölkerung setzt sich mehrheitlich aus Zazas und Kurden zusammen, knapp 14 % betrachten sich selbst als ethnische Türken. Die Stadt wächst in den letzten Jahren stark. Diyarbakir ist ein wichtiger Industriestandort der Türkei und Handelsknotenpunkt von Südostanatolien. In den letzten Jahren ist in Diyarbakir ein großes Marmorgewerbe entstanden und Marmor ist zu einem wichtigen Exportgut geworden.

Es bestehen Kontakte zwischen den Verwaltungen von Hannover und Diyarbakir u.a. zum Aufbau eines Stadtwaldes in Diyarbakir. Austausch auf bürgerschaftlicher Ebene findet über den Freundeskreis Hannover-Diyarbakir und über das Jugendumweltnetzwerk Janun e.V. statt. Diyarbakir bemüht sich um Kooperationen mit der Landeshauptstadt Hannover, auch um eine Partnerschaft.

b) Konya

Konya ist die Hauptstadt der türkischen Provinz Konya, der flächenmäßig größten Provinz der Türkei und die siebtgrößte Stadt des Landes mit über einer Million EinwohnerInnen. Die Stadt liegt etwa 200 km südlich von Ankara und gilt als eine der wichtigsten Industrie- und Universitätsstädte der Türkei. Mit mehr als 85.000 Studenten ist die Selçuk Üniversitesi Konya die größte Universität der Türkei. Konyas Wahrzeichen ist das Mausoleum von Mevlana Dschalal ad-Din Rumi, heute ein Museum und Wallfahrtsort frommer Muslime und Anhänger des Sufismus, das jährlich von etwa 2 Millionen TouristInnen besucht wird.

Konya und Hannover sind vorwiegend über wirtschaftliche Beziehungen in Kontakt (IHK und Deutsche Messe AG). Kulturell wurden die Beziehungen zu Konya mit der Einladung der Derwische (UNESCO-Weltkulturerbe 2005) zu den deutsch-türkischen Kulturtagen im November 2013 nach Hannover vertieft. Die Stadt Konya hat zudem im Oktober 2013 beschlossen, eine Städtepartnerschaft mit Hannover anzustreben.

Nach Ratsentscheid wird mit den Städten der Dialog über Konzepte der möglichen Zusammenarbeit begonnen. Damit werden in den kommenden Monaten Memoranden der gemeinsamen Zusammenarbeit entwickelt, die die jeweiligen Stadträte in ihrer abschließenden Entscheidungsfindung unterstützen sollen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Mit der städtepartnerschaftlichen Arbeit ist keine gruppenbezogene Bevorzugung oder Benachteiligung verbunden.

Kostentabelle

Sachausgaben: 69.300 €

Produkt 28102

Dez. IV
Hannover / 15.01.2014

Jahresrückblick Städtepartnerschaften 2013

Liebe Leser/-innen,

Begegnungen zwischen den Kulturen erweitern den persönlichen Horizont und können die Gesellschaft gestalten. Der internationale Austausch über die Städtepartnerschaften bietet lokaler Politik und Zivilgesellschaft die Möglichkeit, an aktuellen globalen Themen wie kulturelle Vielfalt, Bildung, nachhaltige Entwicklung, demokratische Teilhabe oder Friedensförderung zu arbeiten.

Die sieben Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt haben bereits eine lange Geschichte. Die Partnerschaft mit Bristol etwa begann im Jahr 1947 und ist eine der ältesten in Europa. Auch im Jahr 2013 haben wieder viele intensive und lebendige Projekte stattgefunden. Das Kulturbüro der Stadt Hannover versteht sich dabei als Netzwerkstelle, die engagierte Menschen in den verschiedenen Partnerstädten miteinander in den Austausch bringt.

Mit diesem Jahresrückblick möchten wir uns bei allen Beteiligten ganz herzlich für ihr Engagement bedanken und Interessierte ansprechen! Wenn Sie in Zukunft aktuelle Informationen über Städtepartnerschaftsprojekte bekommen möchten, schicken Sie bitte eine Mail an staedtepartnerschaften-newsletter@hannover-stadt.de und informieren Sie sich auf unserer Homepage.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit im neuen Jahr 2014!

Herzlich,
Ihr Kulturbüro der Landeshauptstadt Hannover

Januar 2013

Rouen



Memorandum 50 Jahre Élysée-Vertrag

09. bis 13. Januar Erarbeitung des Memorandums in Hannover

Während des Besuchs einer fünfköpfigen Delegation der Stadt Rouen wurde das Memorandum gemeinsam mit verschiedenen Partnern in Hannover vorbereitet und zahlreiche Projekte zu den Themen Nachhaltige Entwicklung, Sport, Jugendarbeit und Kultur für die Jahre 2013 und 2014 erarbeitet.

21 und 22. Januar Unterzeichnung des Memorandums in Rouen

Bürgermeister Yvon Robert und Bürgermeisterin Regine Kramarek unterzeichnen das Memorandum zum Anlass des 50jährigen Jubiläums des Élysée-Vertrages und bekräftigen einvernehmlich den Willen die künftige Zusammenarbeit zu vertiefen. (Bild: Stadt Rouen)

Rouen und Perpignan



Ausstellung Partner. Städte. Ballett.

13. Januar bis 10. Februar: in der städtischen Galerie KUBUS

Unter der Leitung von Prof. Lars Bauernschmitt realisierten Studierende des Studienganges Fotojournalismus und Dokumentarfotografie der Hochschule Hannover städtepartnerschaftliche fotografische Projekte. Im Juli 2011 reisten zwölf Studierende für eine Woche nach Perpignan, um die Stadt und die umgebende Landschaft in all ihren Facetten zu portraituren. Mit dem „Fokus Bovary“ begaben sich dann im Herbst 2011 sechs Studierende nach Rouen, um den Ort zu erkunden, an dem Gustave Flauberts „Madame Bovary“ lebte. Ergänzend dazu dokumentierten die Studierenden an der Oper Hannover die Inszenierung des Balletts „Madame Bovary“. Die Ergebnisse dieser Projekte wurden in der städtischen Galerie KUBUS unter dem Titel „Partner. Städte. Ballett. Rouen – Perpignan – Hannover“ ausgestellt. (Bild: FHH)

Februar 2013

Perpignan



Nordstadt-Konzert

5. und 7. Februar: Countertenor aus Perpignan

Der Countertenor Sébastien Gabillat aus Perpignan konzertierte mit dem Kammerorchester Pro Artibus unter Leitung von Hans-Christian Euler anlässlich des 50jährigen Jubiläums des Élysée-Vertrages. Es wurden unter anderen Werke von J. Ph. Rameau, A.-E.-M. Gretry, C. W. Gluck aufgeführt. Anlässlich der Reihe KUBUS-Lunch-Konzerte gab Sébastien Gabillat auch ein Konzert im Rahmen der Ausstellung „Partner. Städte. Ballett. Rouen—Perpignan—Hannover“. (Bild: Nordstadtkonzerte)

Blantyre und Poznan



Abschlusskonferenz „aware&fair“

22. und 23. Februar: Süd-Ost-West-Dialog für die MDGs

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), ein Katalog von acht verbindlichen Zielen u.a. zur Bekämpfung der Armut, Friedenserhaltung und Umweltschutz, wurden im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossen. Nicht nur die unterzeichnenden Staaten sollten aktiv dazu beitragen, sondern auch die Stadtgesellschaft. Aus diesem Anlass startete das Agenda 21 Büro und das Kulturbüro der LHH mit Unterstützung der Europäischen Union im März 2010 gemeinsam mit den Fair-Trade-Town-Netzwerken in Deutschland und Polen und den Städten Blantyre (Malawi), Poznan (Polen), Miskolc (Ungarn) und Litomerice (Tschechien) das Projekt aware&fair. Durch die vielfältigen Projektaktivitäten, wie z.B. Seminare, Schulprojekte, Theater und Stadtspiele, wurden im Süd-Ost-West Dialog viele Menschen für die Millenniumsentwicklungsziele sensibilisiert und zum verantwortungsvollen Konsum und dem Kauf von faire gehandelten Produkten motiviert. Auf der Abschlusskonferenz des Projektes im Neuen Rathaus und im Ballhof des Jungen Theaters Hannover wurde zwanzig Jahre nach dem Beschluss von Rio und der Unterzeichnung der Agenda 21 gemeinsam mit den internationalen Partnern die Erfahrungen, Abläufe und Ergebnisse des Projekts vorgestellt und diskutiert. (Bild: LHH) Homepage des Projekts: <http://www.awarefair.org/>

März 2013

Marz 2013

Rouen



Hip-Hop-Jugendaustausch

18. und 19. März: Hip-Hop-Pfingstcamp in Hannover

Hip-Hop ist eine der größten urbanen Jugendkulturen unserer Zeit, die jungen Menschen die Chance gibt, sich durch künstlerische, tänzerische, sprachliche und modische Aspekte auszudrücken und Anerkennung zu finden. Beim Hip-Hop-Jugendaustausch, seit 2010 organisiert und begleitet vom Haus der Jugend Hannover und dem Maison de la Jeunesse in Rouen gemeinsam mit der HipHopCommunity Hannover e.V. und der Association x-perimental Hip Hop, erarbeiten tanzbegeisterte Jugendliche bei wechselseitigen Besuchen in der Partnerstadt eine beeindruckende Bühnen-Performance. (Bild: Haus der Jugend)

April 2013

Hiroshima



Kirschblütenfest

21. April: Picknick im Hiroshima-Hain an der Bult

Zum Gedenken an die 110 000 Einwohner Hiroshimas, die 1945 direkt beim Atombombenabwurf ums Leben kamen, gestaltete die Landeshauptstadt Hannover 1987 den Hiroshima-Hain auf der Bult und pflanzte dort 110 Kirschbäume. Nach japanischer Tradition lädt man während der Zeit der Kirschblüte Familie und Freunde zu einem Picknick unter blühenden Bäumen ein. Das Kulturbüro der Stadt Hannover hat diese Tradition aufgegriffen und lädt jedes Jahr im April zusammen mit Vereinen und Initiativen zum Kirschblütenfest in den Hiroshima-Hain auf der Bult ein. Unter blühenden Kirschbäumen wurde ein vielfältiges Kulturprogramm geboten: japanische Kampfkunst, Kalligraphie, Origami, Musik, kulinarische japanische Spezialitäten, Manga-Präsentation, japanische Teezeremonie und vieles mehr. Teilnehmende Vereine waren u.a. die Deutsch-Japanische Gesellschaft, der Deutsch-Japanische Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima, das Hiroshima Bündnis, der Judoclub Sakura, die Schule für Atmung und Bewegung Hannover, der Kinderchor der Südstadtschule sowie Hiroyo Nakamoto, Teemeisterin und Kulturbotschafterin der Stadt Hiroshima. (Bild: LHH)

Leipzig



Knabenchor besucht Thomanerchor

26. bis 27. April: Choraustausch mit Leipzig

Anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft mit der Stadt Leipzig im Jahre 2012 gastierte der Thomanerchor Leipzig in der Markuskirche Hannover. Bei dieser Gelegenheit entstand die Idee eines Gegenbesuches des Knabenchors Hannover. Die Reisegruppe bestand aus 38 Knaben im Alter zwischen 10-14 Jahren und 23 Männerstimmen zwischen 17-35 Jahren. Neben der Teilnahme an der Freitagabend-Motette am 26. April in der die beiden Chöre das Stück „Alta trinita beata“ gemeinsam sangen, gestalteten die Niedersachsen die Samstagnachmittag-Motette alleine. Begleitet wurden sie von Thomasorganist Ullrich Böhme, es sprach Pfarrer Christian Wolff. Auf dem Programm standen Werke von Johann Sebastian Bach, Felix Mendelssohn Bartholdy und Sergei Rachmaninoff. (Bild: Stadt Leipzig)

Mai 2013

Hiroshima



30 Jahre Hannover- Hiroshima

9. bis 11. Mai: Feierlichkeiten mit Gästen aus der Partnerstadt

Seit 1983 verbindet Hannover und Hiroshima, das vor 68 Jahren Ziel des ersten Atombombenabwurfs über Japan wurde, eine lebendige Partnerschaft. Im Jahr 2013 feierte die Städtepartnerschaft ihr 30-jähriges Bestehen begleitet durch Festveranstaltungen und ein vielfältiges Programm der Partnervereine im Zeichen des Gedenkens an die Atomkatastrophe. So veranstaltete der Deutsch-Japanische Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima-Yokokai e.V. vom 29. April bis 3. Mai die "Goldene Woche", während vom 9. bis 11. Mai erstmalig die Jahrestagung des Verbandes der Deutsch-Japanischer Gesellschaft Deutschland in Hannover stattfand. Im Mittelpunkt der Tagung standen hochrangigen Gäste aus Deutschland und Japan, wie der Parlamentarische Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten Herr Minoru Kiuchi aus Japan. Parallel wurden im Neuen Rathaus die Feierlichkeiten zum Anlass des 30-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft mit Hiroshima begangen, zu denen eine offizielle Delegation aus Hiroshima unter Leitung des Bürgermeisters Kazumi Matsui angereist war. Bürgermeister Matsui trug sich ins Goldene Buch der Stadt Hannover ein, nahm an

einer Gedenkzeremonie in der Aegidienkirche teil, besuchte die Messe und die AWD-Arena. Zum Abschluss unternahm die Delegation eine Fahrt auf dem Maschsee und lernte die Hannoveraner Conference-Bikes kennen, die für große Begeisterung sorgten. (Bild: LHH)

Bristol



Jungferntflug nach Bristol

13 bis 15. Mai: Einweihung der neuen Fluglinie

Zur Einweihung der neuen Fluglinie Hannover-Bristol der BMI, die nun eine direkte Flugverbindung von Hannover nach Bristol anbietet, reiste eine Delegation aus Hannover unter Leitung von Bürgermeisterin Regine Kramarek nach Bristol und traf sich dort u.a. mit Bristols neuem, erstmals direkt gewähltem Bürgermeister George Ferguson zum Gespräch. (Bild: Stadt Hannover)

Rouen



Erfahrungsaustausch Stadtplanung

29. bis 31. Mai: Gute Beispiele aus Hannover

Kommunaler Erfahrungsaustausch zum Thema Stadtplanung und Gebäudemanagement war das Thema des Besuchs einer Delegation von Verwaltungsmitarbeiter/-innen aus Rouen unter Leitung des stellv. Generaldirektors Richard Turco im Mai 2013. Die Gruppe besuchte beispielhafte Stadtplanungsobjekte in Hannover, darunter die Bismarckschule in der Südstadt und das Wohnquartier Q-Artis, und traf sich zum Gespräch mit Mitarbeiter/-innen der Stadt Hannover und dem Bürgerbüro Stadtentwicklung. (Bild: LHH)

Juni 2013

Blantyre und Poznan



fairCulture—Die Welt von Morgen

15. bis 8. Juni: Internationales Jugendtheaterfestival

Auf dem internationalen Jugendtheaterfestival *fairCulture* trafen junge Theatergruppen aus Hannover, Poznan, Blantyre, Ghana, Palästina und der Türkei zusammen und tauschten sich mit den Mitteln des Theater über eine faire Zukunft aus. Auf dem parallel stattfindenden Symposium wurde das Gesehene reflektiert: Welche Vorstellung von *fairCulture* haben die gezeigten Theaterprojekte gemeinsam - und damit junge Menschen aus Ost und West, Nord und Süd? Welchen Beitrag leisten diese Projekte für die Diskussion um Gerechtigkeit und Teilhabe? Veranstaltet wurde das internationale Theatertreffen von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Spiel & Theater, vom Jungen Schauspiel des Staatstheaters Hannover sowie dem Agenda 21- und dem Kulturbüro der Stadt Hannover in Zusammenarbeit mit zahlreichen bundesweiten und internationalen Kooperationspartnern. (Bild: Gustav Pursche)

Rouen



Seniorenbegegnung Hannover – Rouen

02. bis 08 Juni 2013: Impressionismus und Armada

Das Treffen der älteren Generation beider Partnerstädte findet seit 1982 traditionsgemäß jährlich im Wechsel statt. Anfang Juni reisten 27 Seniorinnen und Senioren für sieben Tage mit dem Bus nach Rouen, herzlich empfangen von den Freunden, um gemeinsam Kunst, Geschichte und die Armada 2013 zu erleben. Besonders das Thema Wasser zog sich wie ein roter Faden durch die Woche: Von der Darstellung des Wasser in der impressionistischen Malerei bis hin zum Besuch der Armada 2013 – einem Großsegelertreffen im Hafengebiet von Rouen. Unterstützt wurde die Seniorenbegegnung vor Ort durch das Comité de Jumelage Rouen – Hanovre. (Bild: Werner Kilian)

Rouen und Perpignan



100 Jahre Neues Rathaus

21. und 22. Juni: Geburtstags-Bands aus französischen Partnerstädten

Im Jahr 2013 ist das Neue Rathaus 100 Jahre alt geworden! Gefeierte wurde das „alte Haus“ anlässlich des 50jährigen Jubiläums des Elysee-Vertrages mit den Auftritten von zwei besonderen Bands aus den beiden französischen Partnerstädten Hannovers. Aus Perpignan war dazu die Katalanische Gipsy-Band „Rumba del Vernet“ und aus Rouen die junge Jazzgruppe „Papanosh“ angereist. Sie überbrachten ihre mitreißenden Geburtstagsständchen während der Fête de la Musique auf der deutsch-französischen Bühne am Kröpcke sowie auf dem „Fest der Kulturen“ am Trammplatz. (Bild: LHH)

Juli 2013

Bristol



15 Fotografen porträtieren Bristol

13. bis 21. Juli: Bristol aus neuer Perspektive

15 Fotografen aus Deutschland unter Leitung des hannoverschen Foto-Professors Rolf Nobel besuchten Bristol, um die englische Partnerstadt Hannovers aus ganz besonderen Blickwinkeln zu porträtieren. Seit sieben Jahren reist die Gruppe, bestehend aus Amateuren, semiprofessionellen und professionelle Fotografen, einmal im Jahr in eine internationale Großstadt: bisher Istanbul, Prag, Venedig, London, Wien, Amsterdam und Bangkok. In Bristol wurde die Gruppe herzlich vom dortigen Städtepartnerschaftsverein, dem „Hannover-Bristol-Council“, empfangen und betreut. Dabei entstanden eindrucksvolle Bilder, die in einer Ausstellung vom 27. Januar bis zum 23. Februar 2014 im Bürgersaal des Neuen Rathauses gezeigt werden. (Bild: Rolf Nobel)

Hiroshima



Japanisches Sommerfest Natsumatsuri

14. Juli: Japanische Kultur im Stadtpark

Das Kulturbüro der LHH lud anlässlich des 30jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft Hannover-Hiroshima, des 25-jährigen Bestehens der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Chado-kai e.V. und 25 Jahre Teehaus gemeinsam mit der Deutsch-Japanischen Gesellschaft, dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der Landeshauptstadt Hannover, der Stadt Hiroshima und dem Hannover Congress Centrum zum beliebten Deutsch-Japanischen Sommerfest in den Stadtpark Hannover ein. Eigens zu diesem Anlass entsandte die Stadt Hiroshima die Kalligraphie-Meisterin Shingetsu Nii sowie eine Delegation der UEDA-Teeschule Hiroshima. Weiteres Programm: Taiko-Trommler, Tuschkmalerei, Origami, Keramik, japanischen Kampfsportarten (Iaido, Kjudo, Aikido, Karate, Kendo) Manga (japanische Comic-Kunst und Modenschau), Schmuck vielem anderen u.a. (Bild: DJG Hannover)

August 2013

Rouen und Poznan



Bandcamp der Städtepartnerschaften

31. Juli bis 4. August: Rockmusikaustausch auf dem Fährmannsfest

Als Teil des Rockfestivals Fährmannsfest trägt das „Bandcamp der Städtepartnerschaften“ seit 2009 erfolgreich dazu bei, dass sich junge Musikerinnen und Musiker aus Poznan, Rouen und Hannover kreativ begegnen. In diesem Jahr nahmen die viel versprechenden Bands „SOPOR“ aus Poznan, „Lascaux“ aus Rouen und „Naked Ape & The Trumpery“ aus Hannover am Bandcamp teil. Sie probten gemeinsam im Musikzentrum, nahmen an einer Stadtführung teil und traten jeweils am Sonntag auf der großen Musikbühne des Fährmannsfestes auf. Bei einem Talk auf der Kulturbühne tauschte man sich zudem über die Förderung junger Bands in den jeweiligen Heimatstädten aus. Durchgeführt wurde das Projekt von der Festnetz GbR in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro der Landeshauptstadt Hannover, dem Fährmannsfest e.V. und dem Fährmanns Kinderfest Verein e.V. (Bild: Musikzentrum)

Hiroshima



Ratsbesuch „Mayors for Peace“

1. bis 8. August: Kommunalen Austausch für den Frieden

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft besuchte eine Ratsdelegation um Bürgermeister Bernd Strauch Hiroshima. Ziel des Aufenthaltes war es, die freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen und sich über Themen wie Verwaltung, Umweltschutz, Jugendarbeit und kulturelle Projekte auszutauschen. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Friedensarbeit und der Initiative „Mayors for Peace“, deren Vorsitz Hiroshimas Bürgermeister Matsui innehält und der auch Hannovers Bürgermeister angehört. Zusammen forderten sie die atomare Abrüstung und diskutierten auf der „Mayors for Peace“ Konferenz, wie man die Friedensarbeit weltweit fördern kann. Zum Abschluss nahm die Delegation am 6. August an der „Peace Memorial Ceremony“ teil, während derer der Opfer des Atombombenabwurfs 1945 gedacht und der Wunsch nach Frieden in die Welt hinausgetragen wurde. In diesem Rahmen legte Hannovers Bürgermeister Bernd Strauch als Repräsentant der Partnerstädte Hiroshimas einen Kranz im Friedenspark der japanischen Stadt nieder. An der Zeremonie nahmen insgesamt

rund 50.000 Menschen teil, darunter Japans Premierminister Shinzo Abe, der US-Botschafter und der Vorsitzende der UN-Generalversammlung. Zeitgleich wurde auch in Hannover auf dem Hiroshimatag des Atombombenabwurfs gedacht. (Bild: Stadt Hiroshima)

September 2013

Bristol, Poznan, Rouen und Blantyre



Symposium KlimaKunstStädte

21. September: Kultur und Nachhaltigkeit im Künstlerhaus

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels untersuchte das Symposium KlimaKunstStädte am 21. September 2013 im Künstlerhaus Hannover mit über 120 Teilnehmer/-innen aus Hannover und namenhaften Gästen aus Bristol, Poznan, Blantyre und Rouen in wieweit künstlerische Ansätze dazu beitragen können, eine Veränderung der gegenwärtigen Lebensstile herbeizuführen, welche Rahmenbedingungen kulturelle Projekte benötigen und wie eine ästhetische Herangehensweise an das Thema Nachhaltigkeit überhaupt aussehen kann. Das Symposium wurde im Rahmen des Masterplans "100% für den Klimaschutz" der Stadt und der Region Hannover veranstaltet und von zahlreichen Kooperationspartnern unterstützt. Das Kulturbüro hat hierbei Initiator/-innen beispielhafter Projekte der letzten Jahre zu Vorträgen eingeladen, darunter z.B. Adrienne Goehler, ehemalige Präsidentin der Hochschule für bildende Künste in Hamburg sowie Janek Müller, Kurator des Festivals „Über Lebenskunst“ am Haus der Kulturen der Welt. Aus ihren Erfahrungen wird ein internationales Praxisprojekt für Hannover und seine Partnerstädte entwickelt. Im Begleitprogramm zeigte das Kommunale Kino zwei Dokumentarfilme „Wasteland“ und „Empire me“. (Bild: Anne Lehmann)

Oktober 2013

Blantyre



Austausch mit Blantyre Art Festival

4. bis 6. Oktober: Sängerin aus Hannover tritt in Malawi auf

Die Sängerin Selina Abramowski (Klangkosmos) aus Hannover besuchte das Blantyre Art Festival 2013 und trat dort mit dem Musiker Ben Michael Mankhamba und weiteren Künstler/-innen aus Blantyre auf. Sie war gemeinsam mit Holger Maack, Direktor des Musikzentrums und Silvia Hesse, Vorsitzende des Freundeskreis Hannover-Blantyre e.V. in der Partnerstadt, um über künftige Projekte zu sprechen. Das Blantyre Art Festival bietet eine Plattform für Musik, Theater und Literatur. Gegründet wurde es 2009 von Thomas Chibambo, Leiter des Kulturzentrums Warehouse in Blantyre und Stipendiat des Kulturmanager-Programms des Goethe-Instituts. Die Veranstalter möchten das Festival nutzen, um die kulturelle Szene und die öffentliche Wahrnehmung der Künste in Malawi zu stärken. Im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Blantyre fördert das Kulturbüro den Kulturaustausch mit Künstler/-innen der Partnerstadt. (Bild: Ben Michael Mankhamba)

Hiroshima



Japanreise der Dt.-Jp.-Gesellschaft

16. bis 31. Oktober: Bürgerreise zum 30-jährigen Jubiläum

Anlässlich der 30jährigen Städtepartnerschaft zwischen Hannover und Hiroshima und des 25jährigen Bestehens der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Chado-kai e.V. veranstaltete diese im Oktober eine Bürgerreise nach Japan. Höhepunkt der Reise war ein 3tägiger Aufenthalt in Hiroshima mit Besuch des Friedensmuseums und Kranzniederlegung am Friedensdenkmal, ein Empfang bei Bürgermeister Matsui, ein Besuch der UEDA-Teeschule mit einer Teezeremonie und einer Fahrt im historischen Straßenbahnwagen, den die Stadt Hannover im Jahr 1989 der Stadt Hiroshima geschenkt hat. (Foto: DJG)

November 2013

Leipzig

Leipziger Synagoralchor

8. November: Ausstellungseröffnung „Heben Sie das gut auf“

Im November 2012 weilte der Leipziger Synagoralchor anlässlich des Festkonzerts zum 20. Jahrestag des Europäischen Zentrums für jüdische Musik (EZJM) in Hannover. Beim Besuch der Ausstellung „Heben



Sie das gut auf – die Sammlung Oberkantor Nathan Saretzki und ihre Rettung in der Reichspogromnacht vom 9.11.1938“ in der Villa Seligmann entstand die Idee, die Ausstellung auch in Leipzig zu zeigen. In der Leipziger Stadtbibliothek fand der Chor schnell einen Partner. Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, übernahm die Schirmherrschaft, eine Förderung erfuhr das Projekt durch die Kulturämter beider Partnerstädte. Seit dem 8. November 2013 und bis zum 4. Januar 2014 wird die Ausstellung über die Rettung und das weitere Schicksal der Notenbände sowie über die Geschichte der synagogalen Musik nun den Leipzigern in der Stadtbibliothek gezeigt. Am Eröffnungsabend erklang ein Konzert des Leipziger Synagogalchores unter der Leitung von Ludwig Böhme und von Andor Izsák, der die Gäste anschließend durch die Ausstellung führte. (Foto: Leipziger Synagogalchor)

Rouen



Dt.-Frz. Kammerorchester

29. November: Nordstadtkonzert mit dem Conservatoire Rouen

Ganz im Zeichen der Städtepartnerschaft mit Rouen und der Landespartnerschaft mit der Haute-Normandie, stand das Nordstadt-Konzert in der Aula der Lutherschule Hannover, wo Professor/-innen und Student/-innen vom Conservatoire de Musique, Rouen, zusammen mit dem Kammerorchester Pro Artibus Hannover aufspielten. Als Solist kam Guy Messler, Trompete, zum Einsatz. Das Konzert war Teil des gemeinsamen Programms mit Musiker/-innen aus Hannovers Partnerstadt Rouen. Unter Leitung von Claude Brendel, Direktor des Conservatoire de Rouen, spielte das "Französisch-Deutsche Kammerorchester" Werke, die den Rahmen spannen zwischen berühmten Werken französischer Komponisten wie Georges Bizet (Carmen-Suite und Arlésienne-Suite) und Debussy (Prélude à l'après-midi d'un faune) und weniger bekannten Komponisten wie Georges Delerue (Concertino für Trompete und Streichorchester) sowie "Les rêves de l'ombre" von Chamouard. Letzteres war eine Deutsche Erstaufführung. (Bild: LHH)

Dezember 2013

Hiroshima



Schul austausch

10. bis 13. Dezember: W.-Raabe-Schule empfängt Funairii Highschool

Bereits zum zweiten Mal besuchte eine Schulklasse der Funairii Highschool aus Hiroshima Schüler/-innen der Wilhelm-Raabe-Schule in Hannover. Die Gruppe wurde im Neuen Rathaus von Bürgermeister Strauch empfangen und nahm an einer Stadtführung und an einem Besuch der Marienburg teil. Die Schüler/-innen aus Japan besuchten den Unterricht der Wilhelm-Raabe-Schule und hielten dort einen Vortrag in englischer Sprache vor allen Schüler/-innen des 8. bis 10. Jahrgangs, um über den Atombombenanwurf über Hiroshima und die Vorkommnisse in Fukushima zu informieren. Der Appell an einen friedvollen Umgang aller Menschen miteinander kam in der Vorweihnachtszeit deutlich an. Am letzten Abend kamen alle Schüler, Eltern und Lehrer aus Hannover und Hiroshima in der Mensa zusammen, tauschten sich aus und sahen den Vorführungen der japanischen Schüler/-innen begeistert zu. (Bild: Wilhelm-Raabe-Schule)

Rouen



Ratsreise Nach Rouen

11. bis 13. Dezember: Stadtplanung und Kulturelle Bildung

Zum Ende des erfolgreichen Jubiläumsjahr des Élysée-Vertrag reisten neun Vertreter/-innen der Fraktionen und der Verwaltung unter Leitung von Bürgermeisterin Regine Kramarek nach Rouen. Zum Thema Stadtplanung und Primarschulbildung besuchte die Gruppe Kindergärten, Schulen und mehrere beispielhafte Stadtplanungsprojekte. Zudem hatte die Stadt Hannover Gelegenheit das Konzept „City 2020“ auf dem Symposium „Rouen Capital“ vor 100 Teilnehmer/-innen zu präsentieren. Das herzliche Zusammentreffen wurde von intensiven Gesprächen begleitet, bei denen Erfahrungen ausgetauscht und viel Neues dazugelernt werden konnte. Die Ergebnisse des Besuchs sollen in eine Fortsetzung des Kooperationsprogramms zwischen Rouen und Hannover einfließen. (Bild: LHH)

18. Dezember: Testfahrt in Hannover vor der Verschiffung



Als der Bürgermeister von Hiroshima Kazumi Matzui im Mai anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft in Hannover zu Besuch war, lernte er die ConferenceBikes in Hannovers Altstadt kennen und war begeistert. Auf seine Veranlassung hin bestellte die Hiroshima Electric Railway „Hiroden“ drei Bikes, die Ende des Jahres nach Hiroshima verschifft werden. Fünf „Hiroden“-Mitarbeiter/-innen aus Hiroshima, Bürgermeister Bernd Strauch und Kulturdezernentin Marlis Drevermann schauten sich die neu angefertigten Bikes vorher gemeinsam auf dem Verpackungshof an. Auch die üstra AG nahm an dem Termin teil, da der Besuch der „Hiroden“-Mitarbeiter/-innen ebenfalls dazu diente, die guten Beziehungen mit der üstra zu vertiefen. 1989 verschenkte die üstra den Aufbauwagen 239 an die Partnerstadt Hiroshima, der seitdem dort unter dem Motto „Hannover grüßt Hiroshima“ als Touristenattraktion in Betrieb ist. (Foto: LHH)

Landeshauptstadt

Hannover

Kulturbüro

Der Oberbürgermeister

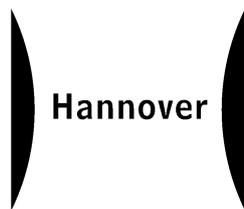
Kulturbüro der Landeshauptstadt Hannover
Internationale Kulturarbeit und
Städtepartnerschaften
Friedrichswall 15
30159 Hannover

Leitung: Dr. Benedikt Poensgen
Redaktion: Gabriele Ciecior, Janika Millan

Telefon: 0511 / 168 - 4 11 67
Fax: 0511 / 168 - 4 50 73
E-Mail: Janika.Millan@hannover-stadt.de

<http://www.hannover.de/de/buerger/entwicklung/partnerschaften/staedtepartnerschaften/>

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Kulturausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Schulausschuss
In den Sozialausschuss
In den Sportausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0261/2014

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Stadtentwicklung Hannover 2030

Antrag,

1. die Verwaltung zu beauftragen, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept Hannover 2030 unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu erarbeiten,
2. eine Kommission des Rates „Stadtentwicklung Hannover 2030“ einzurichten.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Das im nachfolgenden beschriebene Konzept richtet sich an die Stadtgesellschaft in all ihren Ausprägungen. Es sind alle Geschlechter gleichermaßen zu berücksichtigen.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 15 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung		
Einzahlungen		Auszahlungen	
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00
Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	Baumaßnahmen	0,00
Veräußerung von Sachvermögen	0,00	Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0,00
Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00
Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00
		Sonstige Investitionstätigkeit	0,00
		Saldo Investitionstätigkeit	0,00
<hr/>			
		Saldo Sonderfelder	0,00

Teilergebnishaushalt 15

Angaben pro Jahr

Produkt 11103 Grundsatzangelegenheiten

Ordentliche Erträge		Ordentliche Aufwendungen	
Zuwendungen und allg. Umlagen	0,00	Personalaufwendungen	152.250,00
Sonstige Transfererträge	0,00	Sach- und Dienstleistungen	400.000,00
Öffentlichrechtl. Entgelte	0,00	Abschreibungen	0,00
Privatrechtl. Entgelte	0,00	Zinsen o.ä. (TH 99)	0,00
Kostenerstattungen	0,00	Transferaufwendungen	0,00
Auflösung Sonderposten (anteilige Zuwendungen)	0,00	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00
Sonstige ordentl. Erträge	0,00		
		Saldo ordentliches Ergebnis	-552.250,00
<hr/>			
Außerordentliche Erträge	0,00	Außerordentliche Aufwendungen	0,00
		Saldo außerordentliches Ergebnis	0,00
<hr/>			
Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00
		Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00
<hr/>			
		Saldo gesamt	-552.250,00

Die Verwaltung geht für die Jahre 2014 bis 2016 von einem jährlichen Sachkostenrahmen in Höhe von 400.000 € aus. Die Kosten werden aus dem laufenden Haushalt für die jeweiligen

Jahre finanziert.

Die bereitgestellten Mittel werden im Wesentlichen für folgende Positionen benötigt:

- Gestaltung und Durchführung des öffentlichen Dialogs (Stadtgesellschaft)
- Gestaltung und Durchführung des verwaltungsinternen Dialogs
- Beauftragung eines externen Dienstleisters (z. B. Stadtentwicklungsbüro)
- Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes
- Entwicklung und Gestaltung von Kommunikationsartikeln, z. B. Broschüren, Flyer etc.
- Bereitstellung von Online-Plattformen
- Beauftragung von Referentinnen und Referenten sowie Expertinnen und Experten
- Moderationen und Prozessbegleitung

Soweit die Beauftragungen die Wertgrenzen für Geschäfte der laufenden Verwaltung übersteigen, werden die zuständigen Ratsgremien in jedem Einzelfall mit der Entscheidung befasst.

Die Weiterentwicklung der städtischen Partizipations-, Beteiligungs- und Dialogkultur führt in der Konzeptions- und Planungsphase zu einem Mehrbedarf von drei halben Stellen (TVöD E 12).

Begründung des Antrages

1. Ausgangslage

Die Landeshauptstadt Hannover hat in den vergangenen Jahren verschiedene Konzepte zur Stadtentwicklung mit dem Schwerpunkt auf städtebauliche beziehungsweise flächenbezogene Entwicklung erarbeitet. Dabei stand nicht nur die Erschließung neuer Wohn- und Gewerbeflächen im Fokus, auch die Sanierung verschiedener Stadtteile stellte eine wichtige Säule dar. Den verschiedenen Anforderungen, die eine immer heterogenere Stadtgesellschaft an eine (Weiter-)Entwicklung der Stadt stellt, wurde darüber hinaus durch eine Vielzahl von fachbezogenen Konzepten und Programmen Rechnung getragen. Auf gesamtstädtischer Ebene wurde mit den Programmen „Hannoverprogramm 2001“, „Zukunft Hannover“ und „Hannover plusZehn“ gute Erfahrungen mit einer strategisch ausgerichteten, auf ausgewählte Schwerpunkte konzentrierten, integrierten Stadtentwicklungspolitik gemacht.

Diese Handlungsprogramme haben ihren Wert sowohl nach innen als Orientierungsrahmen für die interne Prioritätensetzung und die auf Leitthemen bezogene Arbeit in den Dezernaten, als auch nach außen als Marketinginstrument. Mit ihnen dokumentierte die Stadt dass eine gemeinsame Stadtstrategie verfolgt wird.

Das Handlungsprogramm „Hannover plusZehn“ läuft mit dem Jahr 2015 aus.

2. Aktuelle Entwicklung

Die Landeshauptstadt Hannover ist eine wachsende Stadt. Seit dem Jahr 2005 wuchs die Bevölkerung um ca. 17.000 auf 524.450 (Melderegister Landeshauptstadt Hannover). Dieses Wachstum stellt neben dem demografischen und sozialen Wandel der Stadtgesellschaft, der Globalisierung und einem immer stärkeren Bewusstsein für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt immer neue Anforderungen an die

Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit der Stadt. Hinzu kommt der wachsende Anspruch der Einwohnerinnen und Einwohner, die Zukunft ihrer Stadt aktiv und auf unterschiedlichen Zugangswegen mitzugestalten. Dies setzt einen integrierten und dialogisch orientierten Stadtentwicklungsprozess voraus. Integrierte Stadtentwicklungsplanung beschreibt einen aktiven Planungs- und Veränderungsprozess, der nicht nur die baulich-räumliche Entwicklung von Teilräumen einbezieht, sondern auch gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte als Handlungsfelder berücksichtigt.

Die Verwaltung hat in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 unter anderem mit dem Wohnkonzept 2025, dem Innenstadtkonzept „Hannover City 2020+“, dem Masterplan Mobilität, dem Einzelhandelskonzept und dem Gewerbeflächenkonzept bereits zukunftsweisende und übergeordnete Programme entwickelt. Das aktuelle Innenstadtkonzept „Hannover City 2020+“ wurde dabei mit Hilfe eines Kommunikationsprozesses mit Fachleuten und mit der Stadtgesellschaft erarbeitet. Dabei wurden sehr gute Erfahrungen mit der Einbeziehung von Einwohnerinnen und Einwohnern gemacht.

3. Integrierte Stadtentwicklungsplanung in der Landeshauptstadt Hannover

Aufbauend auf die planerische und konzeptionelle Arbeit der vergangenen Jahre wurde der Verwaltung mit dem Haushalt 2012 der Auftrag erteilt, ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm auf Nachhaltigkeitsbasis unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu erarbeiten und umzusetzen (Drucksache Nr. 1896/2011). Die Drucksache bezieht sich dabei insbesondere auf die vorliegenden bzw. beauftragten thematischen Pläne Verkehr, Wohnen, Innenstadt, Einzelhandel und Gewerbe.

Die Verwaltung beabsichtigt, unter Einbeziehung dieses Ratsauftrages ein integriertes nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten, das alle ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimensionen einer nachhaltigen Stadt für das Jahr 2030 in den Blick nimmt. In der integrierten Stadtentwicklungsstrategie sollen die aktuellen, räumlichen wie auch thematischen Konzepte und Programme Berücksichtigung finden.

Auf der Grundlage eines Status Quo-Berichtes soll ein übergreifender Dialog geführt werden, in dem die Ziele und Strategien für die Weiterentwicklung der Landeshauptstadt Hannover bis zum Jahr 2030 diskutiert und definiert werden.

Dabei sollen folgende Handlungsfelder im Fokus stehen:

- Bildung und Kultur
- Arbeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt
- Leben, Wohnen und Versorgung
- Integration und Teilhabe
- Finanzen.

Die Handlungsfelder sollen jeweils unter Berücksichtigung bestimmter Querschnittsthemen, die in der **Anlage 1** dargestellt sind, diskutiert werden.

4. Beratungsstruktur

4.1. Dialog mit der Stadtgesellschaft

Eine übergreifende und vernetzte Bearbeitung der Handlungsfelder setzt einen breiten

öffentlichen und offenen Diskurs mit den unterschiedlichen Akteuren der Stadtentwicklung voraus. Dabei steht neben dem Dialog mit der Stadtgesellschaft von Hannover auch ein Austausch mit Expertinnen und Experten, Initiativen, Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft und der Verbände im Fokus. Um allen Zielgruppen die Möglichkeit der Teilhabe am Dialog zu eröffnen, ist auch das Angebot neuer Beteiligungsformen (Neue Medien) vorgesehen.

4.2. Dialog mit den politischen Gremien der Landeshauptstadt Hannover

Um eine kontinuierliche und prozessorientierte Einbindung des Rates der Landeshauptstadt Hannover sowie der Stadtbezirksräte zu gewährleisten, wird angeregt, eine Kommission „Stadtentwicklung Hannover 2030“ einzurichten.

Die Kommission sollte sich aus Mitgliedern des Rates und der Stadtbezirksräte, dem Oberbürgermeister und ggf. anlassbezogenen Expertinnen und Experten aus der Verwaltung zusammensetzen. Die Anzahl der Mitglieder sollte sich an der Größe der Ausschüsse orientieren.

Die Kommission soll den Diskurs beratend begleiten. Auf ihren empfehlenden Beschluss hin wird sich die Verwaltung mit Fragestellungen aus dem politischen Raum befassen und ihrerseits verwaltungsseitige Anregungen für den Diskurs und die Meinungsbildung in den politischen Gremien der Landeshauptstadt Hannover geben.

4.3. Verwaltungsinterner Dialog

Parallel zum geplanten Dialog mit der Stadtgesellschaft soll auch die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt Hannover erfolgen. Diese orientiert sich an den für die Stadtgesellschaft geplanten Elementen der Beteiligung. Die Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes soll verwaltungsintern im Rahmen einer dezernatsübergreifenden Projektstruktur erfolgen.

5. Zeitliche Planungen

Die Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes soll innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren erfolgen. Als Grundlage für das weitere Vorgehen und die geplanten Dialogprozesse wird zunächst ein Status Quo-Bericht erstellt. Dieser wird für die oben genannten 5 Handlungsfelder jeweils eine thematische Analyse der Ist-Situation und Entwicklungstrends sowie eine Stärken-Schwächen-Bewertung beinhalten. Außerdem wird eine zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Ziele und Strategien der aktuell vorliegenden Konzepte erfolgen. Die Vorlage des Status Quo-Berichtes ist für Mitte 2014 geplant. Flankierend dazu ist sowohl eine Panelbefragung als auch ein breiter Online-Dialog angestrebt, um ein Meinungsbild und Feedback zu erhalten. Die Zusammenfassung dieser Meinungsbilder bildet dann die Grundlage für eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen, Foren, Expertenrunden und gesellschaftlichen Diskussionsveranstaltungen, in denen im Jahr 2015 die Ziele und Strategien der Stadtentwicklung für Hannover diskutiert und entwickelt werden.

Alle Ergebnisse fließen in einen bis Ende 2015/ Anfang 2016 zu entwickelnden Entwurf eines Gesamtkonzeptes „Stadtentwicklung Hannover 2030“ ein, der dann ebenfalls öffentlich diskutiert werden soll. Die sich daraus ergebenden Anregungen werden bei der Erstellung des Verwaltungsentwurfes berücksichtigt, der dem Rat als Beschlussdrucksache

im Jahr 2016 vorgelegt werden soll.

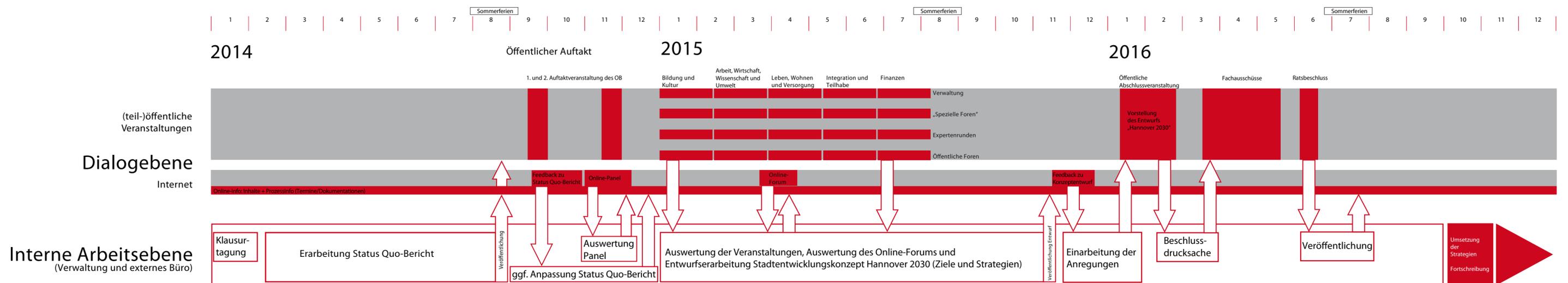
Die Einzelheiten des Prozesses ergeben sich aus dem als **Anlage 2** beigefügten Ablaufplan.

15.2
Hannover / 04.02.2014

- Anlage 1 -

<div style="text-align: center;">Handlungsfelder</div> <div style="text-align: left;">Querschnittsthemen</div>	<div style="text-align: center;">Bildung und Kultur</div>	<div style="text-align: center;">Arbeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt</div>	<div style="text-align: center;">Leben, Wohnen und Versorgung</div>	<div style="text-align: center;">Integration und Teilhabe</div>	<div style="text-align: center;">Finanzen</div>
<div style="text-align: left;">Demografischer Wandel, Gender und Diversity</div>					
<div style="text-align: left;">Gesellschaftlicher Wandel</div>					
<div style="text-align: left;">Innovation</div>					
<div style="text-align: left;">Nachhaltigkeit</div>					
<div style="text-align: left;">Neue Kooperationsformen - Internationalität - Europa - Metropolregion - Region Hannover</div>					

Stadtentwicklungskonzept Hannover 2030 - Gesamtprozess



CDU-Fraktion (Antrag Nr. 0688/2014)

Eingereicht am 19.03.2014 um 08:58 Uhr.

In den Organisations- und Personalausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Gleichstellungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
In den Kulturausschuss
In den Schulausschuss
In den Sozialausschuss
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu DS 0261/2014 (Stadtentwicklung Hannover 2030)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt **geändert und ergänzt**:

Antrag,

1. die Verwaltung zu beauftragen, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept Hannover 2030 unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu erarbeiten, **wobei neben den unter Ziffer 3 der Begründung des Antrages beschriebenen Handlungsfeldern die Schwerpunkte auf die Bereiche demographische Veränderung und Bevölkerungswachstum, öffentlicher Personennahverkehr sowie Individualverkehr, regionale Zukunft und wirtschaftliche Entwicklung gelegt werden sollen;**
2. ~~eine Kommission des Rates "Stadtentwicklung Hannover 2030" einzurichten.~~ ein **Meinungsbildungsprozess soll unmittelbar in den sämtlich betroffenen Fachausschüssen und Stadtbezirksräten erfolgen. Die Geschäftsordnungskommission übernimmt die Funktion einer Lenkungsgruppe;**
3. **das Konzept setzt sich grundsätzlich damit auseinander, wie die Bürgerinnen und Bürger zukünftig frühzeitig und umfassend in Entscheidungsprozesse miteingebunden werden können. Erste Lösungsansätze können dann ggf. gleich bei der Erstellung des Konzeptes umgesetzt werden.**

Begründung:

Die vorgelegte Drucksache besteht zurzeit aus einer sehr oberflächlichen Betrachtungsweise des Themas Stadtentwicklung. Auch wenn ein solches Konzept zur Stadtentwicklung der nächsten Jahre erst erarbeitet werden soll, müssen dafür Impulse seitens der Ratspolitik vorgegeben werden. Diese Schwerpunktsetzung fehlt momentan völlig.

Durch ein möglichst breites Abdecken aller nur in Frage kommender Themenfelder besteht die Gefahr, sich undifferenziert in Kleinigkeiten zu verlieren und nicht visionär ein Gerüst für die zukünftige Stadtentwicklung unserer Landeshauptstadt zu konzeptionieren. Zumal ein Konzept, welches für die nächsten 16 Jahre festgeschrieben werden soll, Flexibilität und Gestaltungsspielraum aufweisen muss und keine Regulierungswut in Einzelfragen.

Ein Bewerten von Chancen und Risiken der Stadtentwicklungskonzeption muss zu Beginn der Bearbeitung eines solchen Plans dargestellt werden. Hierbei ist zu beachten, dass den Risiken, wie z. B. die finanzielle Situation der Stadt, Erschwernisse der Infrastrukturerhaltung, Verfall von Infrastruktur, wirtschaftliche Unsicherheiten etc. auch Chancen, wie u. a. Renaissance der Stadt als Wohn-, Handels- und Gewerbestandort, entgegenstehen können. Eine Abwägung von Chancen und Risiken ist in der Drucksache 0261/2014 nicht zu erkennen. Damit steigt die Gefahr, dass die Akzeptanz in der Stadtgesellschaft nicht gegeben ist bzw. zu einer nicht zu erfüllenden Erwartungshaltung führen kann. Beispiele dafür sind gerade in anderen Städten hinlänglich bekannt. Es sei an Stuttgart 21, den Berliner Flughafenbau oder auch den Netzausbau für erneuerbare Energien erinnert. Die Beispiele zeigen, wie wichtig die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern ist.

Die aufgeführten Handlungsfelder stellen schlagwortartig eine Auflistung dringender politischer Fragestellungen unserer Stadt dar. Sie werden allerdings nur oberflächlich angerissen. Somit wird eine „nebulöse“ Erwartungshaltung an die Stadtentwicklung 2030 formuliert. Die Auflistung ist nicht vollständig und weist keinesfalls den Handlungsrahmen aus. Deutlich wird dies beispielhaft an einer Fragestellung, nämlich der der Mobilität in unserer Stadt. Es geht dabei nicht nur um Mobilität im engeren Sinne, sondern um die Fragestellung von Mobilitätskonzepten. Wie wollen und werden wir in Zukunft die Mobilität der Stadt gestalten; insbesondere im Zusammenspiel mit anderen Verwaltungsträgern, wie zum Beispiel bei der D-Linie?

Da sich vermehrt gezeigt hat, dass die Bürgerbeteiligung in dieser Stadt nur rudimentär vorhanden ist bzw. sie eher proklamiert denn durchgeführt wird (siehe zum Beispiel Straßenerneuerungsprogramm), wird bei der Erarbeitung des Konzeptes auch der Punkt der verbesserten Bürgerbeteiligung be- und erarbeitet. Insbesondere werden hierbei die Fragestellungen geklärt, wie sich strategische Überlegungen tatsächlich operativ umsetzen lassen. Die Gegensätze verschiedener Strategien (Arbeits- und Strukturprinzipien, Lösungsprinzipien, Bau- und Gestaltungsprinzipien und Handlungsansätze) werden durch die vorgelegte Drucksache keinesfalls behandelt. Eine Einbindung der derzeit knapp 180 Programme der Landeshauptstadt Hannover ist nicht zu erkennen.

Daneben ist zu prüfen, inwieweit die Imagebildung der Stadt Hannover als konkretes Handlungsfeld aufgenommen wird. Derzeitige Konzepte sind nicht ausreichend und die konkrete Fragestellung nach Imagebildung ist ein langsamer Prozess, der viele Beteiligte erfordert.

Das Einsetzen einer weiteren Kommission ist entbehrlich. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sind sowohl die Dezernenten als auch die Ratsgremien und Stadtbezirksräte in geeigneter Weise (z.B. durch Diskussion oder Präsentation) einzubinden. Eine

Lenkungsgruppe kann durch die Geschäftsordnungskommission des Rates abgebildet werden.

Jens Seidel
Vorsitzender

Hannover / 19.03.2014